

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis
Wochenblatt 3.00 RM, monatlich 1.30 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 29. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

10 220 Gefangene bei Rimmicul.

Die Durchbrüche in der Walachei -
Vordringen über beide Durchbruchsstellen
hinaus - Fortschritte bei Macin -
Kämpfe in den Waldkarpathen und am
Ditoz- und Putna-Tal.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 28. Dezember 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Einzelne Abschnitte der sandrischen Front und des
Somme-Vogens lagen zeitweilig unter starkem Feuer.

Die Tätigkeit der Luftstreitkräfte war sehr rege. Der
Gegner verlor im Luftkampf und durch Abwehrfeuer
8 Flugzeuge.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

An mehreren Stellen der Front wies unsere Graben-
besatzung Vorstöße russischer Streitkräfte ab.

Front des Generaloberst Erzherzog
Joseph.

An der Ludowa in den Waldkarpathen vertrieben
deutsche Jäger starke Patrouillen der Russen im Hand-
granatenkampf.

Mestecaneci-Abschnitt mehrfach lebhaftes Geschützfeuer.
In den Bergen am Ditoz- und Putna-Tal hat sich die
Kampftätigkeit erhöht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen.

Der 27. Dezember brachte der 9. Armee des Generals
der Infanterie von Falkenhayn den vollen Sieg in der
Schlacht bei Rimmicul Sarat über die zur Verteidigung
Rumaniens herbeigeführten Russen.

Der am 26. Dezember geworfene Feind suchte durch
Gegenstöße starker Massen den verlorenen Boden zurück-
zugewinnen. Die Angriffe scheiterten. Preussische und
bayerische Infanterie-Divisionen stießen dem zurückstehenden
Feinde nach, überrannten seine in der Nacht neu ange-
legten Stellungen und drangen über Rimmicul Sarat
hinaus vor.

Gleichzeitig durchbrachen weiter südöstlich deutsche und
österreichisch-ungarische Truppen die stark verschanzten Linien
der Russen, wehrten auch hier heftige gegen die Flanke
geführte Gegenangriffe ab und kamen kämpfend in nord-
östlicher Richtung vorwärts.

Wieder erlitt der Gegner bei seiner Niederlage schwere
blutige Verluste. An Gefangenen wurden gestern 3000
Mann, an Beute 22 Maschinengewehre eingebracht. Die
Zahl der von der 9. Armee in den Kämpfen bei Rimmicul
Sarat gemachten Gefangenen beträgt im ganzen 10 220
Russen.

Bei der Donau-Armee fanden gestern nur Teil-
kämpfe statt.

In der Dobrudscha gelang es bulgarischen und os-
manischen Truppen, die Russen aus besetzten Höhen-
stellungen östlich von Macin zu werfen.

Mazedonische Front.

Nordöstlich des Dojran-Sees griffen nach starker Feuer-
vorbereitung mehrere englische Kompagnien die bulgarischen
Vorposten vergeblich an.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 28. Dezember abends. (W. L. B.)
An der Westfront nur auf dem linken Maas-Ufer ge-
steigerte Geschütztätigkeit.

Im Osten keine besonderen Ereignisse.
In Verfolgung der Russen hat die 9. Armee Boden
gewonnen.

Aus Mazedonien nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 28. Dezember 1916. (W. L. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
v. Mackensen.

Die verbündeten Streitkräfte des Generals von Falkenhayn
haben den Russen bei Rimmicul Sarat eine schwere Niederlage
bereitet. Der Feind verlor gestern noch einmal südwestlich
und südöstlich der Stadt Standhalten; er unternahm mehrere
Massenstöße, um sich Luft zu schaffen. Seine Linien wurden an
mehreren Stellen durchbrochen; der Feind wich. Die Verfolgung
drang über Rimmicul Sarat hinaus. Auch auf den Höhen nord-
westlich der eroberten Stadt gingen die Russen vor den Bajonetten
österreichisch-ungarischer und deutscher Truppen zurück. Es wurden
gestern 3000, seit Beginn der Schlacht über 10 000 Gefangene
eingebracht.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog
Joseph.

Bei Sood-Megd und im Gebirge südöstlich davon ist der
Kampf in härterem Auswachen. Unsere Flieger schossen in diesem
Grenzraum zwei feindliche Farman ab und zwangen zwei
andere feindliche Kampfflieger zur Notlandung. Auf unseren
Stellungen im Mestecaneci-Abschnitt lag russisches Geschützfeuer.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Nichts Neues.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Doesser, Feldmarschalleutnant.

Die Entente und der Friedensvorschlag.

Der Ton der Antwort.

London, 28. Dezember. Reutersmeldung. „Daily Telegraph“
erfährt, daß die Antwort der Alliierten auf die deutsche
Note in Paris verfaßt und von allen beteiligten
Regierungen gebilligt worden ist. Wilson werde wahr-
scheinlich den Text bald besitzen und ihn den Mittelmächten über-
mitteln können. Sowohl die kriegsführenden als die neutralen Staaten
würden dann erkennen, daß keine Hoffnung bestehe, die
Alliierten jemals bestimmen zu können, auf die
Möglichkeit ihres Sieges zu verzichten zugunsten
eines Friedens, der, solange die deutsche Militärmacht bestehe, nur
ein deutscher Frieden sein könne.

Das Blatt sagt, die Antwort sei sehr ausführlich und lege deutlich
dar, wofür die Alliierten kämpften, und daß sie, um der von Deutsch-
land auferlegten Gewalt Herrschaft ein Ende zu machen, Be-
dingungen stellen werden, die von den alten papier-
nen Garantien durchaus verschieden seien. Es wäre
ein Verstum, anzunehmen, daß der Aufschub in der Erteilung der
Antwort durch das Zögern einer Regierung veranlaßt worden sei.
Man habe Zeit gebraucht, damit sich die zehn verbündeten Regierungen
ins Einvernehmen setzen könnten.

„Morning Post“ schreibt: Die Eiligkeit und der Inhalt der
deutschen Antwort beweisen, daß Deutschland die Note Wilsons
als ein Instrument betrachtet, das bestimmt ist, seinen Inter-
essen zu dienen. Deutschland ergreift die Gelegenheit mit der
Gier eines Ertrinkenden. Die Alliierten haben sich nicht den Augen-
blick ausgeht, den Krieg zu beginnen, aber sie werden den Augen-
blick wählen, wo man den Frieden macht.

„Times“ schreibt: Die Rückgabe der besetzten Gebiete
und Entschädigung sind Bedingungen, die nicht nur dem
Friedensschluß, sondern allen vorläufigen Erörterungen
über den Frieden voranzugehen müssen.

Die französische Regierung verhindert
internationale Arbeiter-Zusammenkünfte.

Kopenhagen, 27. Dezember. (W. L. B.) Dem Chef des
Blattes „Socialdemokraten“, Folkethingsabgeordneten Borg-
bjerg, Frau Nina Bang und Karl Maden, die als Ver-
treter der dänischen Sozialdemokratie an
dem Kongreß der französischen Fachverbände
teilnehmen sollten, sind laut „Socialdemokraten“ von der
französischen Regierung die Pässe verweigert worden.

Als die englische Regierung im Sommer vorigen Jahres
englischen Sozialisten die Auslandspässe verweigerte, wurde
sie deswegen im Parlament zur Rede gestellt und fertigte
dann die Anfrage mit einer kurzen Antwort ab, die nicht
mehr als eine Bestätigung des Geschehenen war. Was
Asquith damals wagen konnte, wird Briand sich heute ver-
mutlich verneinen müssen. In Frankreich und zur Stunde
liegen manche Dinge anders.

Sieg und Frieden.

Eine wissenschaftliche Beleuchtung
von Richard Gädle.

An die Schicksalsfrage, ob wir imstande seien, einen
Sieg über unsere der Zahl nach so überlegenen Gegner zu
erfechten, haben sich umfangreiche und zum Teil erregte Er-
örterungen geknüpft. Wie gewöhnlich konnte man zu einer
Einigung schon darum nicht gelangen, weil die Standpunkte,
von denen die Streitenden ausgingen, von vornherein zu ab-
weichende waren. Es ist klar, daß die Antwort ganz anders
sein wird, je nach dem Begriff, den man mit dem Worte
„Sieg“ verbindet. Die gleichen Worte einer Sprache ge-
winnen ja in verschiedenen Sinnen und auf verschiedenen
Jungen ganz ungleiche Bedeutungen; sind sie doch nur Sym-
bole für die Begriffe, die der Sprechende mit ihnen verbindet.

Man muß sich also zunächst über den Begriff
einigen, sich über die Tragweite dessen verständigen, was man
unter einem „Sieg“ zu verstehen hat oder seinerseits ver-
stehen will.

Ursprünglich wird es von dem Ausgange eines rein
körperlichen Kampfes verstanden. In diesem Sinne
hat man einen Sieg offenbar erst dann errungen, wenn man
den Gegner getötet oder gefesselt, mindestens aber wenn er
sich durch die schnellste Flucht dem weiteren Kampfe entzogen
hat. Es ist klar, daß schon in diesem nächsten Sinne die Trag-
weite des Sieges eine sehr verschiedene sein wird. Ist der
Gegner tot, dann ist der Streitfall überhaupt erledigt; ist er
gefesselt, so ist er entwaffnet und muß sich allen meinen Be-
dingungen fügen; ich mag ihn töten, ihn vernechten oder ihm
leichtere Strafen auferlegen. Ist er aber geflohen, so ist die
Sache nur beiläufig beigelegt. Er mag bei günstigerer Ge-
legenheit, vielleicht verstärkt durch einen Freund, wieder-
kommen und den Kampf von neuem beginnen. Einen Sieg
hatte ich trotzdem in jedem Falle errungen. Man sieht ohne
Mühe, welche Fülle von Abstufungen sich unter dem Worte
„Sieg“ verbergen kann.

Wenn schon der Sieg in der Schlacht keineswegs immer,
ja in Wirklichkeit nur in seltenen Fällen, ein völliges
Niederkämpfen des Gegners bedeutet, wenn man es in
manchen Fällen bereits als einen Sieg ansehen darf, sich nur
behauptet zu haben (z. B. in der Sommeschlacht), so liegt die
Sache noch viel verwickelter dort, wo es sich um den Ausgang
eines ganzen Krieges handelt.

Ich darf mich ausnahmsweise einmal auf den größten
militärischen Denker Deutschlands, auf Clausewitz, be-
rufen, der gegenwärtig leider so oft gemißbraucht wird, um
den Mangel eigener Gedanken zu verdecken. Aber in diesem
Falle kommt es mir darauf an, mein eigenes Ansehen durch
das größere von Clausewitz zu verstärken, der das Wesen des
Krieges mit zwingender Logik dargestellt hat.

Er bestimmt ihn zunächst als einen „Akt der Gewalt“
und fügt hinzu, daß es an sich in deren Anwendung keine
Grenzen gibt. „Solange ich den Gegner nicht niedergeworfen
habe, muß ich fürchten, daß er mich niedertreibt.“ In der
Theorie muß diese Wechselwirkung zum äußersten führen.

Aber alsbald fügt er hinzu, daß die Wirklichkeit diese
theoretische Folgerung erheblich modifiziere. „Der Mensch
mit seiner unvollkommenen Organisation bleibt immer hinter
der Linie des absolut besten zurück, und so werden diese von
beiden Seiten in Wirklichkeit tretenden Mängel ein ermä-
digendes Prinzip.“ „Die Wahrscheinlichkeiten des wirklichen
Lebens treten an die Stelle des äußersten und absoluten der
Begriffe.“

In diesem Zusammenhange fällt dann auch das berühmte
Wort: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit
anderen Mitteln.“ Freilich muß sich dieser politische Zweck
der Natur des Mittels fügen und kann dadurch seinerseits
wieder verändert werden.

Aber die politische Natur des Krieges be-
wirkt es doch, daß sein abstrakter Zweck „das Wehrlosmachen
des Gegners“ keineswegs „die notwendige Vorbedingung zum
Frieden ist“. „Es gibt eine zahllose Menge von Friedens-
schlüssen, die erfolgt sind, ehe einer der beiden Teile als wehr-
los angesehen werden konnte.“ Das „Niederwerfen des
Gegners“ würde besonders dann „ein unnützes Spiel der
Vorstellungen“ sein, wenn dieser bedeutend mächtiger ist.

Die Geschichte der menschlichen Kriege erhärtet diese Auf-
fassung auf jedem ihrer Blätter und verstärkt sie noch dahin,
daß ein „Niederkämpfen des Gegners“ derart, daß er
sich schlechthin jeder vom Gegner gestellten Bedingung zu
fügen hat, nur in den seltensten Ausnahmefällen stattgefunden
hat. Solche Fälle waren etwa der Siegeszug Alexanders des
Großen gegen Persien oder die Niederwerfung Karthagos im
dritten Punischen Kriege durch die Römer. In diesen beiden
Fällen war die Ueberlegenheit des Siegers über den Ge-

fliegen in der Tat so groß, daß sie mit des letzteren politischer Vernichtung endeten. Aus der ganzen späteren Geschichte kann man vielleicht nur die drei Teilungen Polens nennen, wenn man sie, die ein einfaches Schlachten und Zerhacken waren, als Kriege bezeichnen will. Sonst käme etwa nur die Zerstörung des byzantinischen Reiches durch die Türken in Betracht. In diesen Fällen handelt es sich um Staaten, die schon vor dem Kriege innerlich zerrüttet, zum Untergange reif waren. Aber nicht einmal der ungewöhnlich siegreiche Krieg Napoleons im Jahre 1806 gegen Preußen bedeutete ein völliges Wehrlosmachen des Gegners, weil der niedergeworfenen Seeresmacht Preußens das zwar geschlagene, aber nicht zusammengebrochene Heer Rußlands zur Seite stand. Und ebensowenig konnten in dem noch ruhmvolleren Feldzuge von 1870/71 dem besiegten Frankreich beliebig harte Bedingungen auferlegt werden. Kein zahlenmäßig war das französische Heer immer noch stärker als das deutsche. So entschloß sich Bismarck denn auch zur Zurückgabe Velforts.

Zwei Dinge können nach Clausewitz als Motive zum Frieden an die Stelle der Unfähigkeit zum ferneren Widerstande treten:

1. die Unwahrscheinlichkeit des Erfolges,
 2. ein zu großer Preis des Erfolges.
- Fügen wir hinzu, daß beide Motive auch in umgekehrter Richtung dahin wirken können und meistens wirken werden, die Friedensbedingungen des Siegers zu mildern. Dazu wird dann als weitere Erwägung noch die Möglichkeit treten, daß bisher neutrale Staaten in den Krieg verwickelt werden und das zurzeit vorhandene Kräfteverhältnis ändern könnten.

Als Rußland im Jahre 1905 den Frieden zu Portsmouth schloß, war es in keiner Weise militärisch durch das weit schwächere Japan niedergeworfen. Im Gegenteil stand dieses im Herbst 1905 vor einer Aufgabe, die es militärisch nicht zu bewältigen vermochte — nämlich das verstärkte russische Heer nochmals anzugreifen und entscheidend zu schlagen. Trotzdem blieb es der Sieger in dem Kriege, hat ihn endgültig gewonnen, weil Regierung, Intelligenz und Volk in Rußland es herzlich überdrüssig hatten, um entgegen und für wenige Spekulantennugbringer Gebiete willen den ausnahmslos unglücklich geführten Krieg fortzusetzen, um jeinetwillen weitere Geld- und Blutopfer zu bringen, und weil durch ganz Rußland, durch Volk und Heer, ein revolutionärer Wind wehte.

Um einen Krieg zu gewinnen, bedarf es also in den meisten Fällen nur einer relativen militärischen Überlegenheit, keineswegs aber einer völligen Wehrlosmachung des Gegners.

Aber dessen Neigung, sich dem Befehle des Siegers zu unterwerfen, wird offenbar zunehmen oder sich vermindern mit der geringeren oder größeren Schwere der ihm auferlegten Bedingungen. Daher handelt es sich beim Friedensschluß fast nie allein um die bestehende militärische Lage, sondern um ihren Vergleich mit den vom Sieger gestellten Forderungen. Nur äußerst selten trifft es zu, daß dieser einfach zu gebieten, der andere einfach zu bewilligen hat; fast stets vielmehr ist der Friedensschluß ein Markten und Feilschen, ein Drohen, Bluffen und Widerstande leisten, ein richtiger Stuhhandel, und die Geschicklichkeit des Staatsmannes kommt in ihm ebenso zum Ausdruck wie vorher die Kriegskunst des Feldherrn.

Der Sieger muß seine Forderungen, wenn er sich ein richtiges Augenmaß und kühle Besonnenheit bewahrt hat, anpassen nach der Größe seiner kriegerischen Erfolge, nach dem Maße der dem Gegner gebliebenen Widerstandskraft, aber auch nach den Gefahren, die eine Verlängerung des Krieges für ihn selbst zur Folge haben kann, und er muß zu beurteilen wissen, ob die Schwächung, die ein weiterer Krieg ihm zufügen würde, noch im Einklange steht mit den größeren Vorteilen, die er dadurch vielleicht gewinnen kann. Die meisten Siege der Weltgeschichte sind und können nur sein: unvollkommene Siege.

So kommt es, daß der wirkliche Sieg in den allermeisten Fällen nicht auf dem Schlachtfelde, sondern erst an dem Konferenztische erkochten wird.

Er wird auch nicht etwa dadurch zu einem absoluten, aufs äußerste gesteigerten, daß man die feindliche Hauptstadt erobert hat. Napoleon hatte 1812 Moskau besetzt und hat den Feldzug, und in seiner Folge seine Krone, dennoch verloren. Es ist fast sicher, daß eine Eroberung von Paris im Jahre 1914 den Frieden mit Frankreich noch nicht herbeiführt hätte, besonders dann nicht, wenn inzwischen russische Heere siegreich bis an und über die Weichsel vorgedrungen wären. Auch die Fortnahme von Bukarest bedeutet so wenig wie vor einem Jahr die von Belgrad, die Niederwerfung Rumäniens oder Serbiens. Unbedingt niedergelassen und willenlos unter das Geseh des Siegers gebeugt ist ein Staat erst dann, wenn die Summe seiner militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte zerrümmert am Boden liegt. In jedem anderen Falle spricht die Härte der Friedensbedingungen das letzte Endes entscheidende Wort.

Wo also die Kräfte der beiden Gegner von vornherein nicht sehr ungleich sind, oder im Verlaufe des Krieges sehr ungleich werden, kann niemals von einem Niederkämpfen des einen, von seiner Wehrlosmachung die Rede sein; die meisten Friedensschlüsse stellen einen Vergleich dar, zwischen dem Sieger und dem Unterlegenen auf Grund billiger Erwägung der Gesamtlage.

Die französischen Sozialisten zur Friedensfrage.

Eine unentschlossene Entscheidung.

Aus Paris meldet Gadas, daß der Nationalkongress der sozialistischen Partei am 27. Dezember folgende Entscheidung angenommen hat:

Die französische Abteilung der Arbeiter-Internationale erinnert erneut an die sozialistische Auffassung vom Frieden, wie sie die am 14. Februar 1915 in London abgehaltene Konferenz festgesetzt hat, und die nicht die politische und wirtschaftliche Zerschmetterung Deutschlands und den Krieg gegen die Völker proklamiert, sondern den Krieg gegen die Regierungen, die Unterdrücker der Freiheit, und die Entschädigung Belgiens, die polnische Autonomie und das Recht, für die annektierten Bevölkerungen von Elsaß-Lothringen und am Balkan, aber sich selbst zu verfügen. Diese Grundsätze sind als notwendiger Ausgangspunkt jeglicher ernsthafter Friedensförderung aufgestellt. Die Partei stellt fest, daß die Note der Mittelmächte keinen wahrhaften Friedensvorschlag darstellt. Sie enthält keine genauen

Formeln für einen Frieden, der kein Sonderfrieden wäre, und die allein erlauben würden, den Grad der Wichtigkeit zu beurteilen, den man der Initiative des Feindes beizumessen habe. Mögen diese Formeln nun vorhanden sein oder nicht, so ist die Partei der Ansicht, daß die Alliierten ihre kriegerische Anstrengung für die nationale Verteidigung in kräftiger Weise fortführen, die materiellen Kräfte beleben und die moralischen Kräfte unterfüttern müssen, deren Schwächung den Widerstand und die Tatkraft des Landes zu entwerden drohe.

Die Alliierten müssen für ihre eigenen Friedensbedingungen die Einheit der Auffassung bewirklichen, die nicht weniger unentbehrlich ist als die Einheit der militärischen Handlung, und die sie feierlich in der Antwort auf die Noten der Vereinigten Staaten und der Schweiz kundgeben können. Wilson verlangt von den Kriegführenden, daß sie ihre Ansichten über die Bedingungen für Beendigung des Krieges und über die Garantien gegen die Wiederkehr eines ähnlichen Konfliktes bekanntgeben. Als einzige Antwort sollen die Alliierten den klaren Beweis dafür erbringen, daß sie im Jahre 1914 durch das Anerkennen von Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren die Katastrophe vermeiden wollten, daß diese Anerbieten zurückgewiesen wurden und daß sie bereit sind, den Krieg unter der Bedingung zu beenden, daß von den Mittelmächten gerechte Wiedergutmachungen (Reparations) gewährt und Bürgschaften für einen festgefügten und dauerhaften Frieden geschaffen würden.

Der Beschluß des Kongresses besagt weiter, daß der Sieg, wenn auch noch nicht durch die Waffen errungen, dennoch nahe sei, da die Mittelmächte dazu gebracht worden seien, zu versichern, daß sie bereit seien zur Anerkennung des Rechtes der schwachen Völker auf Selbstbestimmung überzugehen und die Ordnung künftiger Konflikte den Gesetzen einer rechtspredenden Organisation der Völker zu überlassen. Die Genossenschaft der Völker, gestern noch ein Trugbild, werde morgen möglicherweise eine Tatsache sein. Der Beschluß verurteilt die kapitalistische Gesellschaftsordnung und erklärt, daß die Meeresstrahlen aus international zu erklären seien und das Recht des freien Verkehrs auf dem freien Meere festgelegt werden müsse. So werde die Genossenschaft der Nationen mit ihrer Achtung vor internationalen Verträgen, mit der Unterdrückung der geheimen Diplomatie, mit der Errichtung eines für alle verbindlichen Schiedsgerichtes, mit ihren internationalen Gesetzen und mit der Beschränkung der Rüstungen notwendig die Herrschaft der politischen Demokratie, welche sich in wirtschaftlicher Demokratie auswirken werde, im Innern der Staaten herbeiführen. Zum Schluß heißt es:

Die sozialistische Partei fordert die alliierten Regierungen auf, dem Präsidenten Wilson zu antworten, daß sie, nachdem sie den Frieden gewollt, aber den Krieg auf sich genommen und tapfer durchgekämpft haben, bereit sind, ihre Ansichten über die Bedingungen der Wiederherstellung des Friedens bekanntzugeben, und mit jeder Lösung sofort einverstanden sein werden, welche den Ungerechtigkeiten der Macht ein Ende setzt und mit Hilfe der Neutralen die Genossenschaft der freien Völker in der zivilisierten Menschheit herstellt.

Dieser Beschluß wurde von dem Kongress mit den Stimmen von 2703 vertretenen Körperschaften gegen 109 bei 20 Stimmenthaltungen und 6 nicht vertretenen Stimmen angenommen.

Der Beschluß der französischen Sozialisten, den wir gern etwas entschiedener gesehen hätten, gehört immerhin zu den Dingen, über die man unter verständigen Menschen verständig reden kann. Die Ueberschrift, die verschiedene bürgerliche Blätter dem Parteitagbeschlusse gaben: „Die französischen Sozialisten für den Krieg“, ist irreführend, die Ueberschrift: „Die französischen Sozialisten für den Frieden“ wäre es aber vielleicht nicht weniger. Auf alle Fälle handelt es sich um einen ehrlich gemeinten, wenn auch sehr vorsichtig unternommenen Versuch, dem Frieden etwas näher zu kommen.

Die Resolution tadelt es, daß die deutsche Note keine genauen Formeln aufstelle, und sie gibt selbst solche genaue Formeln, Entschädigung Belgiens, Autonomie Polens, Selbstbestimmungsrecht Elsaß-Lothringens und der Balkanvölker, aber sie fügt sofort mit diplomatischer Feinheit hinzu, diese Grundsätze seien der „notwendige Ausgangspunkt jeder ernsthaften Friedensförderung“. Ausgangspunkt ist ein sehr gut gewähltes Wort. Es ist klar, daß die Entente und der Mittelverband bei den Friedensverhandlungen von verschiedenen Ausgangspunkten ausgehen werden, und erst die Verhandlungen müssen ergeben, ob man sich und an welchem Punkte der verbindenden Linie man sich findet.

Leider besteht der in der Resolution festgesetzte Ausgangspunkt einseitig nur im Willen der französischen Sozialisten, bei den bürgerlichen Parteien Frankreichs und Rußlands herrscht die offenkundige Neigung, ihn noch viel weiter rückwärts zu verlegen. Auch sonst enthält die Resolution manches (über Freiheit der Meere, politische und wirtschaftliche Demokratie usw.), was uns deutschen Sozialdemokraten sympathischer ist als den Machthabern der feindlichen Staaten.

Dieses wird nun zugemutet, mit einem fertigen und zuvor veröffentlichten Programm auf die Friedenskonferenz zu kommen. Das heißt, wie es mit dieser Friedenskonferenz überhaupt werden soll, ist nicht ganz klar. Die französischen Sozialisten können aber unmöglich meinen, daß jenes Programm den Mittelmächten mit dem Motto überreicht werden soll: „Früh Vogel, oder stirb.“ Denn auf diese Weise kommt kein Frieden zustande.

Uns scheint die Absicht der Mittelmächte, ihr Friedensprogramm erst auf die Konferenz mitzubringen, richtiger. Werden die Friedensbedingungen durch öffentliche Diskussion festgelegt, so behalten zu leicht die „Unbedingten“ von der einen wie von der anderen Seite die Oberhand, die Regierungen sind gebunden und bewegen sich um den „Ausgangspunkt“ wie die Ziege um den Baum. Ein Zusammenkommen wird unmöglich.

Die französischen Sozialisten hätten ihrem Volk einen viel besseren Dienst erwiesen, wenn sie den Regierungen der Entente einfach zugerufen hätten: „Geht zur Konferenz!“

Die Entente und der Friedensvorschlag.

Die Vorbereitung auf die Antwort der Entente, die die englische Presse gibt und die wir auf der ersten Seite mitteilen, redet deutlich genug. Sie wird durch eine Reihe Auslassungen, die von anderer Seite kommen, bestätigt.

Dem Amsterdamer „Handelsblad“ wird laut Telegramm aus London gemeldet, daß die Antwort der Alliierten auf die Friedens Einladung Deutschlands nicht mehr lange ausbleiben könne, da die Regierungen in London, Petersburg und

Nom mit der Regierung von Paris in Verbindung stehen, welche der Wortführer des Vierverbandes sein werde. Die Antwort der Alliierten liege bereits in großen Zügen vor. Wenn man sich über die endgültige Form geeinigt haben wird, wird sich die französische Regierung im Namen aller Alliierten erklären. Die Antwort Rußlands ist bereits Anfang dieser Woche in Paris eingegangen. Welcher Art sie sei, erhebe sich klar aus den Worten des Armeebefehls des Jaren an seine Truppen, in welchem eine absolute Ablehnung ausgesprochen wird, zu einer Zeit zu unterhandeln, welche für Deutschland günstig und mit Ueberlegung gewählt worden sei, sowie aus der Erklärung, daß Rußlands Kriegsziele Konstantinopel, die Dardanellen und eine vollständige Wiederherstellung Polens umfassen, d. h. auch derjenigen polnischen Gebiete, welche Deutschland und Oesterreich einverleibt sind. Mit der Beantwortung der amerikanischen, schweizerischen und schwedischen Note werde bis nach der Beantwortung der deutschen Note gewartet werden. Bis her sei noch keine Entscheidung bezüglich der verschiedenen Anregungen, Frieden zu schließen, getroffen worden, welche von den Neutralen eingegangen seien. Diese Entscheidung werde natürlich durch die Antwort an Deutschland bestimmt werden.

Daß die Ententekabinette zwei verschiedene Noten ausarbeiten, eine an die Mittelmächte und eine an Amerika und die anderen Neutralen, meldet auch der „Messaggero“, und wenn der „Corriere della Sera“ sagt, nach Ueberreichung der Antwort an die Mittelmächte würden die Neutralen sofort jede Illusion verlieren, so darf man zunächst wohl vermuten, derartige Winke seien in der Hoffnung unternommen, den Mut der Neutralen, die noch nicht den Weg Wilsons und der Schweiz betreten haben, zu dämpfen. Sodann aber läßt sich aus der Trennung der beiden Antworten in ein zeitliches Nacheinander immerhin der Schluß ziehen, daß die Entente einsieht, sie könne die Anregung Wilsons nicht so bequemen Sprunges erledigen, wie sie über das deutsche Friedensangebot hinwegzuturnen willens ist.

Die Trennung wird nicht bloß der andern Form und des andern Tones wegen geschehen, die die zweiten Noten fordern. Hier dürfte vielmehr die ungeheure Verantwortung, die mit einer Ablehnung verbunden ist, sich noch bedrückender fühlbar machen. Denn es handelt sich dabei nicht bloß um ein letztes Wort, sondern um das zukünftige Verhältnis zu einer Macht, die sich zumal während des Krieges als Weltmacht erwiesen hat und ohne die die Entente längst am Boden läge.

Bulgariens Antwort an die Schweiz.

Mittwoch nachmittag sprach im Berner Bundeshaus der bulgarische Gesandte in Bern, Radew, vor, um die Antwort der bulgarischen Regierung auf die Friedensnote der Schweizer Regierung zu überreichen.

Die Neutralen und der Frieden.

Verhandlungen in Skandinavien!

Die Blättermeldungen über die Beteiligung der nordischen Reiche an dem Friedensschritt der neutralen Staaten widersprechen sich. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm, das schwedische Ministerium des Neuen gebe heute amtlich bekannt, daß Schweden den bisher letzten Schritt zur Herbeiführung des Friedens unternommen habe; „Estrabladet“ dagegen berichtet von einem in Kristiana umlaufenden Gerüchte, daß zwischen den Regierungen der skandinavischen Länder über ein gemeinsames Vorgehen zugunsten eines Friedens verhandelt werde.

„Stockholms Tidningen“ und „Svenska Dagbladet“ erklären aus offizieller Quelle zu wissen, daß die skandinavischen Länder sich bisher der Friedensnote Wilsons nicht angeschlossen hätten. Beide Zeitungen lassen jedoch deutlich die Möglichkeit von Verhandlungen mit Norwegen und Dänemark über einen gemeinsamen Schritt der drei Länder durchblicken.

Keine holländische Friedensnote?

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sagt, der Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“, als sollte die holländische Regierung wahrscheinlich eine gleiche Note wie die Schweiz an die Kriegführenden senden, treffe nicht zu.

Der norwegische Stortingpräsident um deutsches Friedensangebot.

Berlin, 28. Dezember. Herr Johan Ludvig Rowindell, der Präsident des norwegischen Storting und einer der angesehensten Schiffreedere Skandinaviens, hat einem Vertreter des deutschen Transocean-Nachrichtendienstes eine Unterredung in Bergen geführt. Bei seinen Mitteilungen, die der amerikanischen Presse durch Funkpruch übermittelt wurden, ging Herr Rowindell davon aus, daß er in erster Linie als Norweger sich äußern könne, daneben aber auch als Bürger von Europa für Europa fühle:

„Deshalb hat der ganze skandinavische Norden und die ganze neutrale Welt die Rede des deutschen Reichsanzlers vom 12. Dezember begrüßt, wie man den jungen Norwegen begrüßt nach schwerer Sturmzeit. Ich will dabei nicht über die Form dieser Rede sprechen, ebensowenig wie über den Inhalt der angefügten Note. Wir Neutralen haben nicht zu entscheiden, ob Rede und Note brauchbar sind als direkte Grundlage für Einleitung von Friedensverhandlungen. Aber das Wort „Frieden“ ist nun einmal gefallen, und der Vorschlag, in Friedensverhandlungen einzutreten, gemacht worden, und schon das allein gibt Hoffnung. Der Wortlaut der ersten Sängereden vom 9. November hat gezeigt, daß die Auffassung des Reichsanzlers vom künftigen Zusammenleben der Nationen den Meinungen verwandt ist, die ihren Ausdruck auch bei anderen führenden Staatsmännern gefunden haben, wie Präsident Wilson, Lord Grey und Briand. Weil ich von diesen Betrachtungen ausgehen muß, kann und will ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Möglichkeit, eine gemeinsame Grundlage für die Friedensverhandlungen zu finden, trotz alledem nicht fern ist. Aus den allerdings ziemlich unvollständigen Berichten über Lloyd Georges erste Rede als Premierminister, wie die Presse Norwegens sie gebracht hat, habe ich persönlich den Eindruck bekommen, daß die Antwort auf die deutsche Note so ausfallen wird, daß sie die Eröffnung eines näheren Meinungsaustausches nicht ausschließt.“

Die ungarischen Sozialisten an Wilson.

Budapest, 28. Dezember. Repszava meldet: Die Leitung der ungarischen sozialdemokratischen Partei richtete an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson ein Telegramm, worin die Solidarität der Partei mit der Friedensaktion Wilsons ausgedrückt und gesagt wird, die sozialdemokratische Partei betrachte Wilson seit seinem letzten Auftreten als den heraufenden Dolmetscher der immer stärker werdenden Friedenssehnsucht der ganzen Welt.

Die Durchbruchschlacht in der Ostwalachei

Wolffs Bureau äußert über das neue große Ereignis in Rumänien: Die große Durchbruchschlacht in der Ostwalachei ist gewonnen. Da die durch die vielen Niederlagen demoralisierte rumänische Armee zu jedem Widerstand unfähig war, mußten starke russische Heereskräfte zu ihrem Schutze und zur weiteren Verteidigung des rumänischen Bodens eingesetzt werden. Die an Gebirge und Donau gleichmäßig stark angelegte Stellung auf der schmalen Front Rimnicul-Sarat—Filipeşti—Donaujümpfe schien geeignet, den Abschub der geworfenen rumänischen Armee hinter den Sereth zu ermöglichen. Gestützt auf das Festungssystem der Serethlinie sowie auf Straßen und Bahnen, Höfen und Magazine der Städte Braila, Galatz und Jocsani gab sie dem gefährdeten Südflügel der russischen Gesamtfront einen ansehend völlig sicheren Halt. Ihr ganzer Ausbau, sowie die Art der Verteidigung bezeugen, daß sie nicht als eine vorübergehende Aufnahmestellung gedacht war, sondern daß in ihr ein starker und dauernder Widerstand geleistet werden sollte. Die russische Heeresleitung fühlte sich anscheinend stark genug, hier dem Vordringen der Verbündeten Halt zu gebieten.

Im Vertrauen auf den Wert seiner Truppen wagte Madenscu sich den kürzesten Weg des frontalen Angriffs. Er stieß gegen den stärksten Punkt der Verteidigungsfront vor: die ausgebauten Stellungen bei Rimnicul-Sarat. In fünftägigem erbittertem Ringen schlug er südwestlich Rimnic eine Bresche von 17 Kilometer Breite, drückte zugleich am 25. Dezember in der Mitte der Front die stark besetzte Linie Filipeşti—Viscoştianca ein, während er im Tale des Cilaou westlich Rimnicul-Sarat vordringend, die dortige russische Verteidigung zurückwarf. Im Verfolg dieser Kämpfe wurde der Angelpunkt der ganzen Stellung, die Stadt Rimnicul-Sarat am 27. Dezember genommen. Eiligt herangezogene Truppen Sacharows sollten die Niederlage noch in letzter Stunde abwenden. Sie warfen sich den längs der Donau vorrückenden tapferen bulgarischen Divisionen entgegen, konnten aber das Schicksal der Schlacht nicht mehr wenden.

Mit der Bestätigung der Rimnicul-Sarat—Donaustellung ist wiederum ein gewaltiger Schritt in der Eroberung Rumäniens vorwärts gemacht.

Das Ringen um die Dobrudscha.

Der bulgarische Heeresbericht.

Sofia, 27. Dezember. Generalstabsbericht vom 27. Dezember.

Rumänische Front: In der Dobrudscha beschossen feindliche Monitore Jaceca, Tulcea und Mahmudia. Die vierte Division (Breslau) hat nach äußerst hartnäckigem und erbittertem Kampfe den Höhenkamm von Tailor erobert und in Verfolgung des sich zurückziehenden Feindes den Ausgang aus den Wäldern südlich von Lukawiza gewonnen. Im Verlauf der letzten Kämpfe hat diese tapfere Division 1250 russische Gefangene gemacht und vier Maschinengewehre, sowie über 2500 Gewehre erbeutet.

Razedonische Front: An einigen Abschnitten der Front starkes Artillerief Feuer. Im Bardar-Tale und in der Ebene von Seres wirkungslose Tätigkeit der feindlichen Artillerie.

Der russisch-rumänische Rückzug.

Kopenhagen, 27. Dezember. In einem halbamtlichen Petersburger Telegramm heißt es über die Auffassung russischer Militärkreise bezüglich des russisch-rumänischen Rückzuges: Die russisch-rumänischen Truppen ziehen sich nach Norden zurück und lassen in der Dobrudscha nur Nachhuttruppen zurück. Das Hauptheer vermeidet peinlich einen vorzeitigen Zusammenstoß mit dem Feind, da der Plan des russisch-rumänischen Oberkommandos darin besteht, die Streitkräfte intakt zu erhalten, damit die Operationen unter günstigen Bedingungen wieder aufgenommen werden können.

Der russische Heeresbericht meldet von der rumänischen Front:

Im Laufe des Tages machte der Feind auf fast der ganzen Front eine Reihe von Angriffen auf unsere Stellungen. Am Oberlauf des Rymnicflusses gelang es dem Feinde etwas nördlich von Regura, unsere Kavallerieabteilungen sowie Abteilungen rumänischer Infanterie zurückzudrängen. Auf der Straße von Rymnicul wurden unsere Abteilungen, nachdem sie eine Reihe von Angriffen abgeschlagen hatten, gezwungen, die erste Linie der von Geschützfeuer zerstörten Schützengräben aufzugeben. Die Angriffe des Feindes in den anderen Abschnitten wurden unter großen Verlusten abgeschlagen und bei dem Dorfe Valeaseltische nahmen wir bei Gegenangriffen mehrere Maschinengewehre. Der Kampf geht auf der gesamten Front weiter.

In der Dobrudscha Gefechte kleiner Abteilungen.

Der türkische Kriegsbericht.

Türkischer Kriegsbericht vom 27. Dezember. Unsere im Verbands der Donauarmee kämpfenden Truppen jagten den Feind nach glücklichen Kämpfen von den Höhen von Bizirul. Auf den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

Der Seekrieg.

Berfenk. Der belgische Fischdampfer „Reptune“ und der englische Schooner „Agnes“ sind gestern versenkt worden. Die Besatzungen sind gerettet. Eine dänische Bark wurde versenkt. Die Mannschaft wurde durch den holländischen Dampfer „Kordwyl“ gerettet.

Kleine Kriegsnachrichten.

Präsidentenwechsel im österreichischen Abgeordnetenhaus. Wie die Wiener Blätter melden, richtete der Präsident des Abgeordnetenhauses Schvefster an den Obmann des deutschen Nationalverbandes Groß ein Schreiben, in dem er die Absicht kundgibt, die Wiederwahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wegen Arbeitsüberbürdung nicht anzunehmen.

Die Liga der Fremdvölker-Rußlands hat am 22. Dezember aus Wien ein Telegramm an Lloyd George abgeschickt, in dem dieser „im Namen vieler Millionen Unglücklicher“ gebeten wird, seine „aufopfernde Menschenliebe nicht einseitig zu beweisen, sondern auch auf die Nationen auszuwenden, die viel größeres Unrecht erlitten haben“, nämlich auf die Fremdvölker-Rußlands. „An ihnen, die Jahrhunderte hindurch mißhandelt, entsetzt wurden, sind während dieses Krieges Grauseltaten begangen worden, wie sie entsetzlicher die Weltgeschichte nicht kennt: die Vergewaltigungen und Rechtsausbrüche in Finnland, die Plünderungen und Evakuierungen in den baltischen Provinzen, Litauen, Polen und Böhmen, die Knebelungen der nationalen Einrichtungen in der Ukraine, die Mißhandlung Galiziens, die Verpeilung vieler Tausender von Georgiern und Afrikanern und die schändliche Vertreibung und Vernichtung von Hunderttausenden von Juden.“

Im Luftkampf fiel im Westen am 27. Dezember der Leutnant der Reserve Leffer. Seine Unermüdbarkeit als Jagdflieger wird gerühmt. Zwei Tage, nachdem ihm der Pour le Mérite verliehen worden war, schoß er sein neuntes feindliches Flugzeug ab.

Bröt- und Weizenarten werden laut Meldung des „Estrabladet“ am 15. Januar in Schweden eingeführt.

Verkehrsbeschränkungen wegen Kohlenersparnis werden von der italienischen Regierung angeordnet. Die italienischen Bahnen werden dann täglich nur noch 120 000 Kilometer fahren, während sie vor Ausbruch des Krieges auf 208 000 Kilometer täglich kamen.

Politische Uebersicht.

Einberufung des Reichshaushaltsausschusses.

Wie wir erfahren, besteht die Absicht, den Haushaltsausschuß des Reichstages für Mitte Januar einzuuberufen.

Eine Verichtigung.

Herr Rechtsanwalt Claf-Mainz sendet uns folgende Verichtigung:

„Es ist unwar, daß ich auf dem Alldeutschen Goutage in Stuttgart die Verhältnisse unseres Vaterlandes schwarz in schwarz geschildert hätte.“

„Es ist unwar, daß ich gefordert hätte, der Krieg dürfe nicht eher abgebrochen werden, bevor nicht Calais und Marseille im deutschen Besitze seien.“

„Es ist unwar, daß ich angekündigt hätte, der Alldeutsche Verband werde, sobald die englische Antwort auf das Friedensangebot eingetroffen sei, mit einer Flugschrift zu agitieren beginnen, in der die Forderungen des Verbandes vertreten und der Reichsregierung der Prozeß gemacht wird.“

„Es ist unwar, daß ich gegen den Reichsfanzler und Staatssekretär Dr. Helfferich „in wegworfendem Tone polemisiert“ und gefordert habe, die Krone müsse aus den Krallen des Mammons befreit werden.“

„Unwar ist endlich, daß ich gefordert hätte, entweder Falkenhahn oder Tirpitz müsse an die Spitze der Regierung getreten werden.“

„Ebenso unwar ist es, daß der Verband eine Flugschrift dieses Inhalts vertritt.“

Hochachtungsvoll
Claf.

Wir hatten einen Bericht des Stuttgarter „Beobachters“ wiedergegeben und sogleich hinzugefügt, daß Herr Dr. Claf seine Richtigkeit bestritt. Im übrigen ist es uns angenehm zu wissen, daß sich der Alldeutsche Verband auch ohne Calais und Marseille zu behelfen gedankt.

Wie es im übrigen auf der alldeutschen Versammlung in Stuttgart zugegangen ist, kann man aus der Erwiderung ersehen, die der Stuttgarter „Beobachter“ auf die Verichtigungen des Herrn Claf bringt. Der Stuttgarter „Beobachter“ stellt nunmehr fest, daß Herr Claf gesagt hat:

„Mit dem bisher erreichten Vaterlandsschutz ist es nicht getan. Man kann viel mehr erreichen, wenn man nur will. In diesem Zweide muß man, anstatt vom Frieden zu reden, den Krieg fortsetzen bis zur Erreichung der Kriegsziele, die die Alldeutschen der Regierung gewiesen haben, und die auch heute noch unentgeltlich feststehen. Sonst wird es schlimm gehen.“

Herrn richtet der Stuttgarter „Beobachter“ an Herrn Claf die Frage, ob er leugnen wolle, in seiner Rede gesagt zu haben: die alldeutschen Ziele, für die er in Wort und Schrift arbeite, und bis zu deren Erreichung der Krieg fortgesetzt werden solle, reichen im Osten bis Narva, 100 Kilometer vor Petersburg und bis vor Kiew, im Westen noch über Calais hinaus bis Bologne und Abbeville. — Das Blatt hält außerdem an seinen Mitteilungen fest, daß schon jetzt eine neue Broschüre verteilt wird, die sich gegen den Reichsfanzler richtet. Auf der alldeutschen Tagung sind sogar zwei berartige Druckschriften verteilt worden. Aus einer von diesen werden einige Entwürfe gegen den Kanal wiedergegeben, so zum Beispiel: „Was hat uns denn bis jetzt alle weismütige Moralpolitik genügt hinsichtlich des Friedens? Auf allen Gebieten ein glänzendes Verlagen. Vethmann genießt nicht das Vertrauen, und das ist ihm mit dünnen Worten und rückhaltlos im Reichstage zu sagen. Auch daß das Volk seinen Kaiser endlich aus den Fängen der Finanz-Oligarchie befreit wissen will, in die ihn der Kanzler, Helfferich und ihr Klänge immer tiefer verstrickt haben. Es ist schrecklich, glauben zu müssen, daß bei uns auch heute noch das Geld auf dem Thron sitzt.“

Wir geben diese Darstellung natürlich unter Vorbehalt der Richtigkeit der Quelle wieder. Falls aber Herr Claf wieder Lust zu Verichtigungen empfindet, möchten wir ihm doch nahe legen, wenigstens gleichzeitig mitzuteilen, was er denn in Stuttgart als Kriegsziel gefordert zu haben behauptet.

Auch ein Kriegsziel.

Eine Friedensbedingung ganz eigener Art stellt im „Reichsboten“ ein Dr. Zeitschel auf. Er verlangt Kriegsschädigung für die dem deutschen Volk während des Krieges zugefügten — Verbalinjurien:

„Darum muß das deutsche Volk Genugtuung fordern für die Beschimpfungen, Beleidigungen, Lügen und Verleumdungen, mit denen uns unsere Feinde im höchsten Weltstreit überschüttet haben. Diese Schimpfworte wie Bockes, Hunnen, Barbaren, die man nicht bloß aus hysterischem Haß, sondern klar und zielbewußt täglich auf uns anwandte, sollen nicht ungestraft von den Völkern gebraucht worden sein.“

Ueber die Art der Entschädigung macht der Verfasser leider keine genaueren Vorschläge. Der „Reichsbote“ selber erklärt in einem Nachwort Herrn Dr. Zeitschels Ausführungen für „durchaus zutreffend“, verzichtet aber resigniert auf ihre Durchsetzung, weil er zu der Fähigkeit und der Willensstärke unserer politischen Leitung kein volles Vertrauen hat, und froh sein will, wenn das Mindestmaß des Notwendigen erreicht wird. Alle Wünsche darüber hinaus will der „Reichsbote“ mit schmerzlicher Geste „einsparen“. Damit würde Herr Dr. Zeitschel um seine Genugtuung kommen, aber er nimmt sie wenigstens schon zum Teil vorweg, indem er in seinem Artikel — kräftig wiedererschimpft.

Herr v. Oldenburg für ein Reichsgetreidemonopol.

In einem Briefe, den die „National-Zig.“ veröffentlicht, schreibt der bekannte Führer des Bundes der Landwirte, Herr v. Oldenburg-Jonushau über das Getreidemonopol nach dem Kriege:

„Ich halte in bezug auf das Brotgetreide unter Umgestaltung der jetzigen diesbezüglichen Organisation eine dauernde Einrichtung für notwendig, welche diese Früchte — Roggen und Weizen — monopolisiert und vom Auslande nur soviel hereinläßt, wie gebraucht wird. Es entspricht dies ungefähr dem „Antrag Raut“. Da nämlich jetzt, umgekehrt wie in der Capriwi-Zeit, die Preise zunächst enorm hoch sein werden, bleibt nichts übrig, wie das Brot im Inlande auf der Höhe zu halten, auf der es sich jetzt ungefähr befindet und die es in den Siebziger Jahren dauernd hielt, und aus dem Auslande zuzulassen und zu Preisen, die dort verlangt werden, um die Portion beliebig zu erhöhen. Bei Durchführung meines Gedankens würde das deutsche Volk infolge dieser Leistung seiner Landwirtschaft das billigste Brot der Welt essen und der Staat dabei dennoch verdienen.“

Sendet man nämlich den Verdienst der Mühlen und Zwickelhändler, der jetzt zu hoch ist, durch Vereinfachung der Organisation, so könnte der Brotpreis so bleiben wie er jetzt ist, auch wenn ein geringer Teil des Auslandsgetreides zu Preisen gekauft werden müßte, wie das Ausland sie jetzt zahlt und noch lange nach dem Kriege zahlen wird. Diese Einrichtung müßte als dauernd gedacht sein, um der Landwirtschaft für diese Leistung eine Stabilität der Preise zu garantieren.“

Herr v. Oldenburg will also, kurz gesagt, die jetzigen Kriegspreise der Landwirtschaft für die kommende Zeit des Friedens erhalten.

Soziale Steuerpolitik.

Der neue Finanzminister Oesterreichs, Dr. v. Spihmüller, hat eine sehr schöne Rede an seine Beamten gehalten, von der nur zu wünschen ist, daß dem verheißenden Worte bald die gestaltende Tat folgt. Solche Reden, die zu lesen ein reines Vergnügen war, hat das Publikum schon öfter aus Oesterreich hören dürfen. Der frühere Justizminister Dr. Klein hat schöne Worte und Gedanken geliebt und mit Verheißungen die Herzen erfreut, die zu erfüllen er auch gewillt und fähig war, an deren Erfüllung ihn aber fatale äußere Umstände hinderten. Herr v. Spihmüller bleibt, so hoffen wir, ein ähnliches betrübliches Schicksal erspart.

In seiner Antrittsrede ging der Minister von der Notwendigkeit aus, den großen Finanzbedarf durch Steigerung der Produktivität der Wirtschaft und durch Sparsamkeit im privaten und öffentlichen Leben zu decken. Die breiten Massen dürfen nur belastet werden, wenn kein anderer Ausweg zur Wiederherstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts führe. Der Minister verbieth Tilgung der Kriegsanleihe. Ueber den österreichisch-ungarischen Ausgleich sagte Dr. Spihmüller, der bewußt die Verantwortung für ihn als für sein Werk übernommen hat, daß er die Beziehungen zu Ungarn auf eine gesunde Basis stellen und verinnerlichen werde. Inhalt und Bedeutung der sozialpolitischen Abmachungen werde „zur Gänze“ durch die Handelsverträge bestimmt werden — eine Bemerkung, die die Befürchtungen über neue höhere Zölle auf Lebensmittel nur teilweise zerstreuen kann, weil der Ausdruck „zur Gänze“ zeigt, daß sich die österreichische Regierung bereits in weitem Umfange festgelegt hat.

Schließlich erklärte der Minister: Alle Probleme müßten mit einem aufs höchste gesteigerten sozialen Sinn erledigt werden, besonders werde die Steuerpolitik in hohem Maße sozial sein müssen.

Letzte Nachrichten.

„Nieder mit dem Krieg!“

Bern, 28. Dezember. Nach den letzten Hasandmeldungen sollen Henderson und Roberts auf dem Pariser Sozialistenkongreß starken Beifall gefunden haben. Nach der Berichterstattung verschiedener Pariser Blätter, wie „Petit Parisien“, „Petit Journal“ und „Rappel“, ist diese Meldung jedoch dahin zu vervollständigen, daß bereits beim Eintritt der beiden Genannten die Versammlung in zwei Lager gespalten war. Während das nationalistische Lager unter Führung von Sembat und Guedde starken Beifall zollte, wurden von der revolutionären Richtung laute Gegenankündigungen veranstaltet. Diese wurden während und nach den Reden Hendersons und Roberts unter den Rufen: „Nieder mit dem Krieg!“ minutenlang fortgesetzt.

Der Ruf nach den Bedingungen.

Rotterdam, 28. Dezember. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht folgende Ausführungen der „Westminster Gazette“: Die deutsche Regierung kann kaum so hald sein, anzunehmen, daß die verbündeten Regierungen die Feindseligkeiten einstellen und eine Konferenz mit einem Feinde beginnen werden, der sich soeben als Sieger proklamiert hat, ohne daß sie durch die üblichen indirekten Kanäle in Erfahrung brächten, welche Bedingungen er stellen will. Die Lage wird in dieser Hinsicht beherrscht durch die deutsche Note, die Wilsons Note vorausgegangen ist. Das Deutschland, das Unterhandlungen vorschlägt, ist daselbe Deutschland, das sich in einer überlegenen Lage betrachtet und dem Krieg ein Ende machen will. Darum muß es ihm, das die Initiative ergriffen hat, auch überlassen bleiben, in allgemeinen Formen die Grundfrage, auf der es unterhandeln will, anzugeben. Wenn umgekehrt die Verbündeten die Initiative ergriffen hätten, so wäre es ebenso angemessen und billig gewesen, daselbe von den Verbündeten zu fordern. Wir haben das Vertrauen, daß Wilson und das amerikanische Volk einsehen werden, daß wir eine starke Position einnehmen, wenn wir jetzt diese Forderung an Deutschland richten.

Finnischer Truppentransportdampfer gesunken.

Frankfurt a. M., 28. Dezember. Ein von Helsinki nach Stockholm zugereister, dem Korrespondenten der „Frankf. Zig.“ genau bekannter Seefahrer berichtet: Der finnische Dampfer „Dhana“, der ein zeitweilig bei den Kalandinseln stationiertes Küstenartillerieregiment nach Helsinki zurückbringen sollte, stieß auf eine russische Mine und sank in wenigen Minuten. Die gesamten an Bord Anwesenden — nicht einmal 50 Mann wurden gerettet — gingen unter, ebenso über 1000 Pferde sowie bedeutende Artilleriemengen. — Ein gefährliches Unglück traf wenige Tage später den regulären Postdampfer, der zwischen Kobs und Mariehamn verkehrt. Auch hier ist die Zahl der Ertrunkenen bedeutend. Diese auffallenden Unglücksfälle werden auf schlecht verankerte Minen des neuen russischen Minensfeldes im Finnischen Meerbusen zurückgeführt.

Eine Millionenstiftung für den Redarkanal.

Stuttgart, 28. Dezember. Dr. Robert Vösch hat zur Förderung der Redarkanalisierung eine Stiftung von 13 Millionen Mark gemacht. Sie sollen einen Beitrag zu den staatlichen Baukosten der Kanalstrecke Heilbrunn—Eßlingen bilden. Die Finsen sollen in der Zwischenzeit für die Kriegswohlfahrtspflege der Stadt Stuttgart zugewendet werden. Wenn der Redarkanal bis 31. Dezember 1926 nicht begonnen sein sollte, so fällt die ganze Stiftung an das Deutsche Reich zur Erforschung und Bekämpfung verheerender Volkskrankheiten.

Brand im Dresdener Artilleriedepot.

Dresden, 28. Dezember. Beim Sortieren von Munition hat sich heute vormittag im Artilleriedepot Dresden-Albertstadt, vermutlich durch Explosion, ein Brand entzündet, der auf das umliegende Magazingelände übergriffen hat. Vorläufig hat sich die Ausdehnung des Brandes noch nicht feststellen lassen. Bis jetzt ist ein Arbeiter an den Folgen der Verwundung gestorben, weitere Verwundungen sind nur vereinzelt vorgekommen.

Bewerkschaftliches.

Von der Zukunft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Seit im Jahre 1903 auf einem gemeinschaftlichen Kongress der christlichen Gewerkschaften, der katholischen und evangelischen Arbeiterverbände und einer Anzahl Privat- und Staatsangestelltenverbände ein Kartell der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit großem Applomb geschaffen wurde, hat man von diesem Kartell nicht mehr viel gehört. Selbst bis zur Kriegszeit war es merklich still in dieser kartellierten Arbeiterbewegung. Jetzt kommt dieses Kartell mit einem Programm heraus, das die Aufgabenteilung für die einzelnen dem Kartell angeschlossenen Verbände festlegt und das auch in der Presse besprochen wird.

Wir verzichten auf eine nähere Besprechung dieses Programms, das auf dem „Bekenntnis zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeiter in der Erhaltung und Förderung des Gewerbes“ basiert, das in seiner umfangreichen Aufstellung Forderungen allgemeiner Natur enthält, wie auch solche für die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes, für den Arbeiterschutz, für die Lebensmittelversorgung, für eine Wohnungsreform usw. und das schließlich auch jeder im Kartell vereinigte Gruppe ein bestimmungsgrenzes Arbeitsfeld zuweist.

Die Zusammenfassung der verschiedenartigsten Organisationsgruppen in dieses christlich-nationale Kartell war seinerzeit als ein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften gedacht. Ein Artikel von Dr. Grabowsky, der in der Zeitschrift „Das neue Deutschland“ erschienen ist, enthält vorweg das Eingeständnis, daß, wenn auch diese christlich-nationale Arbeiterbewegung befriedigende Fortschritte machte, doch geistig schwer gegen die Sozialdemokratie aufkommen konnte. Die Aufstellung dieses neuen Programms, das erst nach der Kriegszeit verwirklicht werden soll, entspringt der bei den Christlich-Nationalen gehegten Befürchtung — wie das an anderer Stelle zugegeben wird —, daß die freien Gewerkschaften nach dem Kriege eine beherrschende Bevorzugung finden und daher eine schwächliche Annäherung der christlichen Arbeiter an die sozialistische stattfinden könnte. Eine Befürchtung, die wir übrigens in keiner Beziehung teilen.

Die Erkenntnis, daß die Gewerkschaftsbewegung des Rückfalls einer politischen Partei mit parlamentarischer Vertretung bedarf, ist trotz aller bisherigen Beteuerung des unpolitischen Charakters ihrer Bewegung jetzt auch in diesen Kreisen zur Gewißheit geworden. Dr. Grabowsky sucht diesen politischen Anschluß für die christlich-nationalen Gewerkschaften sonderbarerweise bei den Konservativen. Er verlangt von der konservativen Partei allerdings, daß sie sich neuorientieren müßte an Haupt und Gliedern. Nicht die konservative Agrarpartei könnte der Freund der christlich-nationalen Arbeiterbewegung werden, sondern der eigentliche militärische Adel, der sich an hohen Kommandostellen im Felde bewährt habe. Die Konservativen hätten sich zu viel mit den Selben eingelassen. Von diesen Selben rückt aber auch Dr. Grabowsky merklich ab, schon in Rücksicht auf die neueste Befamntgabe, wonach die Unternehmer zur Subventionierung der Selben aufforderten. Im Interesse der Konservativen liegend ist es, wenn es ihnen gelingt, unter den Industriearbeitern Freunde zu erwerben, und in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bietet sich den konservativen Parteien eine Arbeiterschaft dar, die für die konservative Sache gewonnen werden könne. Er hofft sogar, daß durch den Kampf in der Sozialdemokratie zwischen Radikalismus und rechtsstehenden Parteien für die christlich-nationale Arbeiterbewegung Proselyten zu machen seien, und er ist so weitherzig, diesen von links kommenden Elementen die Bildung eigener Vereine innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zuzugestehen.

Wenn auf diese Richtlinien die Zukunft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung unter Führung und Vertretung der konservativen Partei aufgebaut werden soll, so befürchten wir bei dem bisherigen Verhalten der konservativen Partei nichts Gutes für diese Arbeiterbewegung. Daß die konservative Partei sich aber an Haupt und Gliedern reformieren würde im Interesse dieser Arbeiterbewegung, halten wir schon für gänzlich ausgeschlossen. Ebensovienig wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung unter der hier verzeichneten Devise aus Arbeiterkreisen Zulauf haben. Auch die Hoffnung, daß die aus den Parteikämpfen in der Sozialdemokratie Versprengten dieser neuen Arbeiterbewegung anschließen, erscheint uns mehr als trügerisch, wobei doch noch zu beachten ist, daß die wirtschaftliche Vereinigung der in der Hauptfache sozialistisch denkenden Arbeiter die freien Gewerkschaften sind, die von den Parteikämpfen bisher nicht erheblich berührt wurden und es auch hoffentlich in der Zukunft nicht werden,

— zu Ruß und Frommen der bisher in Deutschland einzig und geschlossen dastehenden freien Gewerkschaftsbewegung.

Deutsches Reich.

Lohn- und Feuerungszulagen in der Strohhutindustrie.

In der Strohhutindustrie wurden in Friedenszeiten im vierten Vierteljahr, am Beginn der Saison, die Arbeitsbedingungen geregelt. In den ersten Kriegsjahren stellten sich der üblichen Regelung und Verbesserung der Lohnverhältnisse große Schwierigkeiten entgegen. Namentlich die umfangreiche und langandauernde Arbeitslosigkeit wirkte hemmend. Dessen ungeachtet gelang es in den Hauptorten, Lohnerhöhungen zu erreichen und Abzüge abzuwehren. Trotz des Fortbestehens der erwähnten Schwierigkeiten, noch erhöht durch teilweisen Mangel an Arbeitsmaterial, nötigte die unauhörliche Lebensmittelerhöhung zur Saison 1916/17 eine allgemeine Lohnbewegung vorzubereiten. Der Verband der Hutarbeiter forderte in den für das Gewerbe in Frage kommenden Orten (darunter auch Berlin) Lohn- und Feuerungszulagen oder beides bis zu 25 Prozent für Arbeiterinnen die gleichen Akkordlöhnsätze wie für Arbeiter, für Heimarbeiterinnen die gleichen Löhne wie für Betriebsarbeiterinnen und Beibehaltung der bisherigen Preise für Rohwolle.

Die Forderungen sind bis auf einige Fälle auf dem Verhandlungswege bewilligt worden. Die Zahl der an den Erzeugnissen Beteiligten läßt sich zurzeit nicht feststellen, weil die Einstellung des Personals zur Saison 1916—1917 noch nicht allgemein erfolgt ist. Während der letzten Strohhutfabrikation waren in den Orten, die von der gegenwärtigen Lohnbewegung erfaßt sind, rund 1500 Arbeiter und 800 Arbeiterinnen beschäftigt. Organisiert hiervon waren die Arbeiter zu 85 Proz., die Arbeiterinnen zu 48 Proz. Die gleiche Anzahl Personen wird während der Saison 1916/17 Beschäftigung finden und der durch den Hutarbeiterverband erzielten Lohnverbesserungen teilhaftig werden. Wollen sich die Arbeiterinnen die günstigeren Lohnpositionen erhalten, dann müssen sie sich eben auch ihrer Berufsorganisation anschließen. Das ist die notwendigste Vorbedingung dazu.

Soziales.

Vom Anstellungsschein.

Der Gedanke, daß sie in ihren früheren Berufen nur teilweise leistungsfähig seien und daß es ihnen deshalb schwer fallen wird, dort wieder unterzukommen, hat in vielen Kriegsverlegten die Hoffnung erweckt, den Anstellungsschein zu erhalten, der den nicht zu Kapitulanen und Unteroffizieren gehörenden Gemeinen auf ihren Antrag neben der Rente verliehen werden kann. (Bergl. unsere Notiz vom 27. November.) Sie hoffen damit als Unterbeamte eine Anstellung zu bekommen.

Diese Hoffnung wird sich in den allermeisten Fällen als trügerisch herausstellen, denn so viel Unterbeamtenstellen als Reservisten hat es schon früher nicht gegeben und jetzt ist die Zahl der Bewerber durch den Krieg noch ganz bedeutend erhöht worden. Es ist deshalb richtig, daß die Beschädigten sich vor allen Dingen darum bemühen, in ihren früheren Beruf wieder hineinzukommen. Das preussische Kriegsministerium steht auf dem Standpunkt, daß mit der Ausstellung der Anstellungsscheine nicht allzu freigebig verfahren werden soll. Es hat die Grundfähe, daß ein Generalkommando über die Verleihung des Anstellungsscheines aufgestellt hat, um sämtliche selbstverordnenden Generalkommandos weitergeben mit dem Bemerkens, daß von ihm diese Grundfähe voll geteilt würden. In diesen wird von den berufstechnischen und militärärztlichen Gutachten die Verdrückung der Frage verlangt, ob nicht die Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß die Invaliden, wenn sie auch bei der Entlassung infolge der Gesundheitsförderung in hohem Grade zur Verwertung besonders erlernter und wirtschaftlich wertvoller Fähigkeiten behindert seien, diese Fähigkeiten später wieder ausnützen könnten. Stehe fest, daß der Kriegsschädigte seinem alten oder wenigstens einem ähnlichen Beruf nicht wieder zugeführt werden könne, dann möge weiter geprüft werden, ob er eine ihm angebotene unentgeltliche Gelegenheit zur Ausbildung für einen neuen Zivilberuf ausgenutzt habe. Nur wenn diese Bedingungen erfüllt seien, insbesondere wenn der Antragsteller seinen guten Willen zur Wiederaufnahme seines alten oder zur Erlangung eines neuen Zivilberufs darzulegen habe, sei der Anstellungsschein zu bewilligen. Dann empfehle sich aber, zugleich den Antragsteller darauf hinzuweisen, daß der Anstellungsschein noch keinen Anspruch auf Anstellung gewähre und daß er insbesondere nicht zu verwechseln sei mit dem Zivilversorgungsschein, daß also die Inhaber der Anstellungsscheine nur dann eingestellt werden dürfen, wenn Militärämter nicht vorgemerkt seien, oder sich keiner der vorgemerkten zivilversorgungsberechtigten Stellenanwärter zur Annahme der zu besetzenden Unterbeamtenstelle befunden habe.

Kriegsfürsorge.

Immer und immer wieder stoßen wir auf die Notwendigkeit eines Ausbaues der staatlichen und städtischen Kriegsfürsorge. Eine Fülle von Beispielen bringt der soeben erschienene Tätigkeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge E. W. Berlin W. 35, Flottwellstr. 4, die seit Kriegsbeginn auf all den Gebieten ergänzend eingreift, wo noch Lücken in der Versorgung oder Organisation der Gemeinden zu finden sind, oder wo die Selbsthilfe einzelner Berufskreise so wenig organisiert ist, daß mit dem Eintreten des Krieges der wirtschaftliche Zusammenbruch erfolgen müßte. So konnten die Angehörigen der sogenannten freien Berufe und die Zimmervermieterinnen, für welche beiden Gruppen keine bestehende Berufsorganisation zuständig ist, bei Beginn des Krieges nur

mit von privater Seite zur Verfügung gestellten Mitteln vor der äußersten Not bewahrt werden. Auch gegen die Not der kleinen Gewerbetreibenden und Handlungsgehilfen mußten neue Hilfsquellen erschlossen werden. Die Fürsorge für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, die erst vor wenigen Wochen von der Stadt Berlin organisiert worden ist, wurde bis dahin von der Zentrale für private Fürsorge und dem Nationalen Frauendienst durchgeführt. Die aus diesem Gebiet im Bericht erwähnten Beispiele zeigen, wie notwendig ein weiterer Ausbau der geistlichen Fürsorge, besonders dem Berufseinkommen der Gefallenen entsprechend, ist, lassen aber auch die Möglichkeit erkennen, wieviel im einzelnen Fall den individuellen Verhältnissen entsprechend ergänzende Hilfe zu bringen ist.

Angestelltenversicherung und Wohnungsfürsorge.

Der Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung hat in seiner letzten Sitzung dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt empfohlen, soweit möglich durch Eingabe von Darlehen, Hypotheken, die Kleinwohnungsherstellung zu fördern. Es soll damit die nach dem Kriege drohende Kleinwohnungsnot (Wohnungsmangel und -teuerung) gemildert und in Verbindung damit den durch ungesundes Wohnen drohenden Schädigungen an Gesundheit und Arbeitskraft der Versicherten entgegenzuwirken werden. Neben privaten Bauunternehmern sollen grundsätzlich solche Körperschaften (Gemeinden, Stiftungen, Bauvereinigungen) mit solchen Darlehen berücksichtigt werden, die

1. die Kleinwohnungsbeschaffung auf gemeinnütziger Grundlage betreiben oder unser Wohnungs- und Siedelungswesen durch den Flachbau (Gartenheimsiedlungen) fördern und
2. ihre Siedelungen gegen spekulative Veräußerungen gesichert haben.

Ferner wurde dem Direktorium empfohlen, bei Stundung von Zinsen oder Fälligkeit von Hypotheken den Grundbesitzern tunlichst entgegenzukommen.

Aus Industrie und Handel.

Salutarmassnahmen in Oesterreich.

Die österreichische Währung hat im Kriege arg gelitten, d. h. der Oesterreicher bekommt für die Krone weniger Mark oder Frank oder Dollar als im Frieden. In hundert Kronen ist soviel Gold wie in fünfundsachzig Mark. Da aber die Goldzahlung eingestellt ist, wird der Austauschwert der Münzen aller jener Länder, die im Kriege die Goldzahlung eingestellt haben, nicht mehr durch das Gold als Währungsmittel bestimmt, sondern durch das Verhältnis, in welchem die eigenen Zahlungsmittel auf den ausländischen Märkten angeboten und begehrt werden. Daraus erklärt sich, daß sich auch die deutsche Währung verschlechtert hat. Ungleich mehr mußte sich aber die österreichisch-ungarische Währung verschlechtern, weil es relativ noch viel mehr ein- und noch viel weniger ausführt als Deutschland, und außerdem Schuldsinsen ans Ausland zahlen muß. Gegenwärtig erhält man für hundert Kronen nur 63,85 M. (im Frieden 84,5) oder 53 Fr. (im Frieden 106,5)!

Um die offensichtlichen Schäden der Währungsverschlechterung zu mindern, hat die österreichische Regierung endlich entscheidende Massregeln getroffen.

Es ist einmal ein Einfuhrverbot für alle nicht unbedingt notwendige Ware erlassen worden, durch deren Bezug der Bedarf und daher auch der Preis von ausländischen Zahlungsmitteln gesteigert wird; dann ist eine Bestandaufnahme aller auf ausländische Währung lautenden Guthaben und Wertpapiere von Oesterreichern oder Ungarn angeordnet worden. Durch den eventuellen Verkauf dieser Wertpapiere oder Einziehung dieser Guthaben soll nach dem Vorbilde der Bestandsmächte die Möglichkeit zur Deckung der österreichischen Verpflichtungen im Ausland geschaffen werden, wobei die Wertgegenstände in österreichisch-ungarischen Werten angewiesen erhalten werden; und schließlich ist am 28. Dezember eine Verordnung ergangen, wonach in Oesterreich-Ungarn ausländische Geldsorten und Anweisungen auf das Ausland nur von Banken erworben werden dürfen, die die Verwendung der so beschafften ausländischen Zahlungsmittel zu notwendigen Zahlungen prüfen und selbst kontrolliert werden. Ueber Guthaben im Ausland darf zwecks Erwerbung von Zahlungsmitteln oder Anweisungen in einer anderen Währung als der des Guthabens nur durch eine der kontrollierten Banken erfolgen. Die Verordnung verbietet weiter die Ausfuhr von Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank, sowie von Kassenscheinen der Kriegsdarlehenskasse und auf Kronenwährung lautender Schecks und Wechsel, ausgenommen bei schriftlicher Zustimmung der Devisenzentrale. Im Reise- und Grenzverkehr ist die Mitnahme von Banknoten bis zum Betrage von 500 Kronen gestattet, ebenso ist mit gewissen Ausnahmen die Ueberweisung von Kronenbeträgen nach dem Auslande und die Eingahlung an die schriftliche Zustimmung der Devisenzentrale gebunden. Wer Waren im Werte von über 300 Kronen nach dem Auslande ausführt, ist, wenn er nicht aus wichtigen Gründen dessen entzogen wurde, verpflichtet, diesen Umfah in der Währung des Bestimmungslandes sofort nach Eingang an eine der Devisenzentrale angehörende Firma abzugeben. (Auf den Postanweisungs-, Postnachnahme- und Postauftragsverkehr findet die Verordnung, die am 1. Januar in Kraft tritt, keine Anwendung.)

Ein Freund warnte ihn!

Die Augen schmerzten und tränten, die Lidränder waren dauernd etwas entzündet, das Lesen bei der Lampe ermüdete ihn schnell, Kopfschmerz und Nervosität legten seine Arbeitsfähigkeit weiter herab.

Ein Freund warnte ihn und empfahl ihm, sich bei uns kostenlos die Schrift „Ratschläge eines Fachmannes“ zu erbitten.

Jetzt sind alle Beschwerden beseitigt, denn nur die Ueberanstrengung der Augen war die Ursache aller Beschwerden gewesen. Augenfehler, angeborene oder durch schädliche Einflüsse erworbene, müssen durch passende Gläser ausgeglichen werden.

Wir prüfen Ihre Augen kostenlos mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft. Wir garantieren für passende Gläser, für hygienisch richtigen Sitz und für Haltbarkeit aller Fassungen von 4,50 M. an 1 Jahr, von 8,50 M. an zwei, von 12 M. an

drei Jahre und zwar erhalten Sie die bekannte

Ruhnke-Garantie

d. h. wir garantieren nicht nur für gute Arbeit und gutes Material, sondern wir garantieren, daß wir alle Reparaturen, auch wenn die Fassung durch Ihre eigene Schuld zerbrochen ist, kostenlos ausführen. Ausgenommen sind davon Gläser, Schildpatt- und Hornteile. Wir garantieren ferner für Zufriedenheit, d. h. wir werden Ihnen nie mit Behauptungen wie „das muß so sein“, „es geht nicht anders zu machen“, oder ähnlichen bequemen Ausreden kommen, sondern wir werden Sie einfach zufriedenstellen, einerlei, wieviel Mühe es macht.

Ein Paar stark gewölbte, punktuell abbildende Punktorn-Mensilen kosten nur 3 M., das Paar, aus Canonoc-Glas 5 M. Besuchen Sie uns heute oder morgen, oder verlangen Sie, ehe Sie es vergessen, durch Postkarte die Schrift „Ratschläge eines Fachmannes“. Sie kostet nichts und sagt Ihnen, was Sie über Augen und Augengläser unbedingt wissen müßten.

Optiker Ruhnke Neu: Schöneberg

Haupt-Str. 21 am Kaiser-Wilh.-Platz

Sonntags von 12—2 geöffnet.

Wilmersdorf:
Berliner Str. 132-3 a. d. Umland-Str.

Friedenau:
Rhein-Str. 18, 6de Kirch-Str.
gegenüber der Kaiser-Brücke

C. Am Alexander-Platz
neben Altinger.
Spittelmarkt, 6de Post-Str.

W. Leipziger Str. 113,
6de Mauer-Str.
Claf-Str. 1, 4. Postbamer Str.

NW. Friedrich-Str. 150,
6de Dorotheen-Str.
N. Chaussee-Str. 72,
Invaliden-Str. 164,
6de Brunnen-Str.

Charlottenburg:
Lauenfien-Str. 15,
6de Markburger Str.
Joachimshofer Str. 2,
am Bahnhof Zoo.

Die Schlacht an der Somme in den Monaten August bis November.

II.

Aus dem Großen Hauptquartier wird weiter geschrieben:

Im Nordabschnitt zwischen Somme und Ancre flammte schon in den ersten Septembertagen die Schlacht zu einem wütenden Brand empor. Dieser ergriff die ganze annähernd 30 Kilometer breite Front von Beaumont nordwestlich Thiepval bis zur Somme.

wir vorübergehend bei der Rouquet-Ferme östlich Thiepval Boden verloren, gelang es uns doch, die alten Stellungen zu halten oder durch Gegenstoß zurückzugewinnen. Besonders heftig tobte der Kampf nach einer bisher nie erhörten artilleristischen Vorbereitung im Abschnitt von Ginchy bis zur Somme.

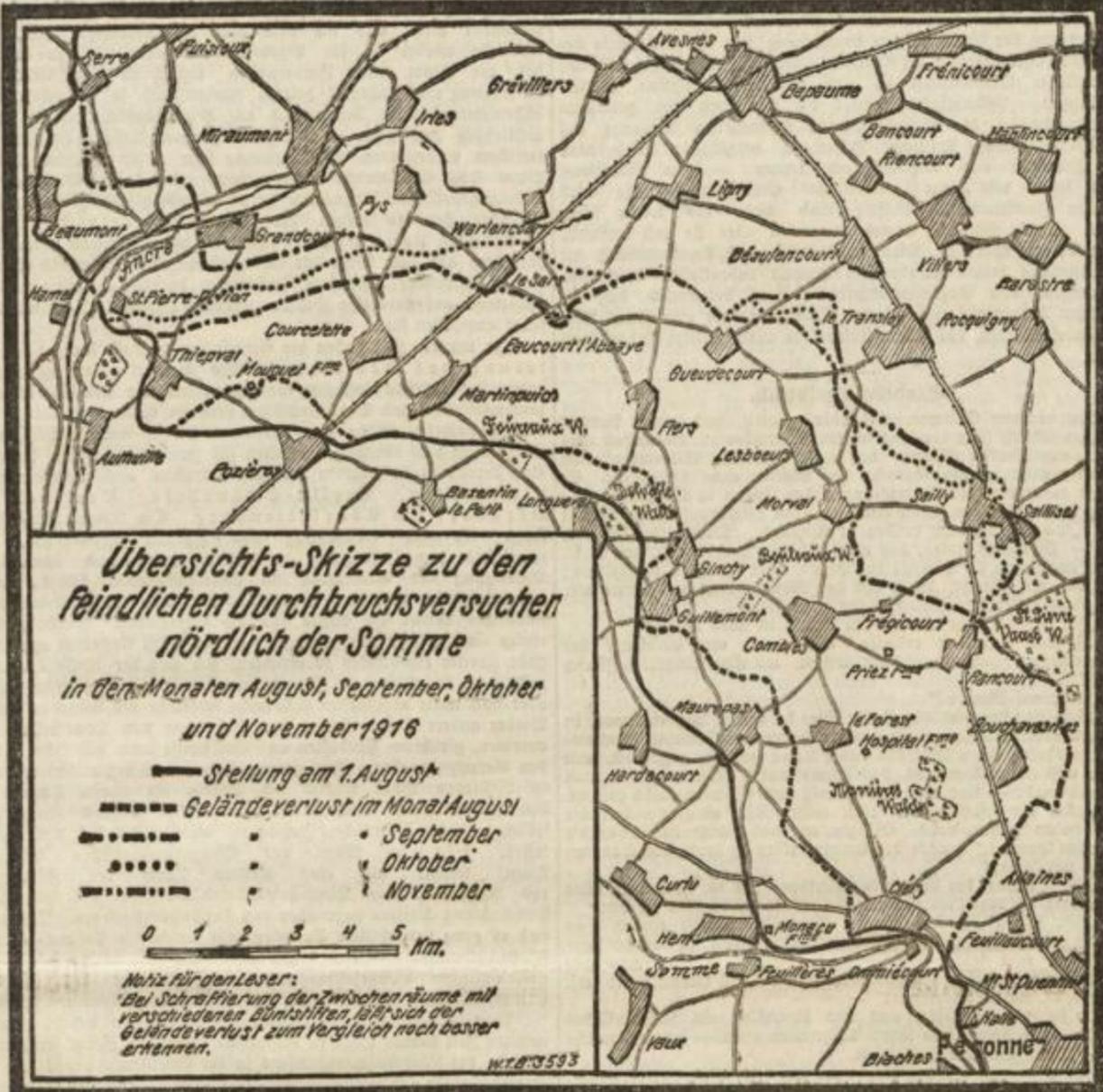
auf der ganzen Front fort, und die Franzosen hielten sich bei Ginchy in immer wiederholtem Ansturm blutige Köpfe. Der 8. September brachte ein vorübergehendes Nachlassen, während der 9. durch erfolgreiche Teilangriffe der Engländer am Fourcauldswalde ausgefüllt wurde.

So hatte diese erste große Septemberschlacht den Feinden Fortschritte auch im Nordabschnitt gebracht. Am 12. September erkannte der Kampf aufs neue zwischen Comblès und der Somme. Nach dem Fall von Clercy waren die Verteidiger in die sogenannten Carrées-Stellung zurückgegangen.

In den folgenden Tagen klaut die Nordschlacht schließlich ab, ohne daß die örtlichen Teilkämpfe deshalb an Erbitterung verloren hätten. Der Gegner holte zu einem Hauptstoß aus.

Dieser 25. September bedeutet in der Geschichte der Sommeschlacht einen Wendepunkt. Brachte er auf der einen Seite dem Feinde bei einem Höchstmaß von Munition und rücksichtsloser Opferung seines Menschenmaterials einen in dieser Eile seit dem Beginn der Offensive nicht mehr bezweifelbaren Erfolg, so strahlte doch schon an diesem Tage die erwartete Widerstandskraft unserer Truppen im hellsten Lichte.

Wohl gelang ihm am 26. September ein weiterer heißbegehrter und seit langem mit allen Mitteln angestrebter Erfolg. Die Ede bei Thiepval hatte bisher dank dem ausgezeichneten Ausbau, wel-



Thomas Morus' „Utopia“.

Zum 400. Geburtstag des ersten kommunistischen Staatsromans.

Erasmus von Rotterdam gab im Dezember 1516 beim Buchhändler Martens in Löwen die Schrift seines englischen Freundes Thomas More: „Ein wahrhaft goldenes Buchlein vom besten Stand des Gemeinwesens und von der neuen Insel Utopia, nicht minder heilsam als ergötlich, des ausgezeichneten, hochberedeten Thomas Morus, Bürger und Vizcomes der berühmten Stadt London“ heraus, in lateinischer Sprache.

More war ein Vielerfahrener, als er sein ihm Unsterblichkeit beschwerendes Buch schrieb. Nach humanistischen Studien zwang ihn sein Vater in den Rechtsberuf. Er wurde Rechtsanwalt.

Dies ist der Grundgedanke des Buches: Dauernde Gerechtigkeit und dauerndes Glück sind nur in Ländern möglich, wo das Privateigentum aufgehoben wird wie auf der Insel Utopia.

Viele Zeitgenossen glaubten an die Existenz des Landes Utopia, so plausibel wirkte diese Schöpfung. More selber wertete — mit Recht — durch die vorangestellten Verse des fingierten Hofdichters Anemolius seine Utopia recht hoch:

„Von alterher Utopia (Nirgendheim) heiß ich, kaum gekannt. Doch stell ich Platos Staat sogar in Schatten jetzt. Denn was als Theorie sein Schöpfer gab, Mit Menschen, Mitteln und gediegensten Gesetzen Stell ich in voller Wirklichkeit hier dar, Eutopia (Glücksland) werde ich passender darum benannt.“

More meidet in seiner Darstellung keine Einzelheit. Sogar das merkwürdige, den griechischen Charakteren ähnliche Alphabet der Utopier wird dem Leser nicht erlassen.

Größe und Gestalt der Insel Utopia, die doch irgendwo bei Amerika liegen soll, erinnern ebenso verdächtig an England wie die Hauptstadt Amaurotum am Fluß Anydrus an London.

In den einzelnen Stadtteilen liegen Märkte mit den Gütern zur Vereinnung, Sortierung und Verteilung der Produkte. Jeder holt von dort seinen Bedarf ohne Entgelt. Da jeder vom Staate alles Notwendige erhält, es Geld nicht gibt, so fällt der Grund für Habgier und Hamsterlei fort.

Der Ueberfluß an Produkten wird exportiert gegen — wenig — fremde Waren und — viel — Gold und Silber eingetauscht, auch wird gegen die Bürgerschaft ganzer Städte kreditiert.

Die schmutzige, unangenehme Arbeit leisten die Sklaven. Das sind verurteilte Verbrecher, die schließlich begnadigt werden können. Auch werden Ausländer zu freiwilliger bezahlter Arbeit herangezogen.

Da es wenige Gesetze gibt, kennt diese jeder. Vergehen aus Ge-

fehgedenkennis kommen also nicht vor. Anwälte sind überflüssig. Ehrgeizigen sind die Beamtenstellen verschlossen.

Die Ehe geht die Frau mit 18, der Mann mit 20 Jahren ein. Voreheliche Lust wie Ehebruch werden mit lebenslänglicher Sklaverei, Ehr- und Ehelosigkeit bestraft, um zur Ehelichkeit zu zwingen.

More meint: Das sei der beste Staat. Keiner rafft, betrügt, sorgt, klagt, bittelt. Keine Sorge um Mühsit, Rente und Alter. Vernunft und Christentum mühten sie den Zuständen Utopias führen.

More hatte recht mit seinem Zweifel. Er wollte ein demokratisches Staatswesen, aber er wollte es durch den Willen des Fürsten von oben her schaffen.

Die Kirche als den Armenpfleger und noch relativ sozialsten Arbeitgeber seiner Zeit, ihre bloße Enteignung nützte nichts. Es kam ihm nicht auf eine letzte Form, sondern auf eine grundsätzliche Reform an.

Das grundlegende Buch: Karl Kautsky: „Thomas More und seine Utopie“ ist als Band 3 der „Internationalen Bibliothek“ bei J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart erschienen, Geb. 3 M.

*) Das grundlegende Buch: Karl Kautsky: „Thomas More und seine Utopie“ ist als Band 3 der „Internationalen Bibliothek“ bei J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart erschienen, Geb. 3 M.

den eine württembergische Reserve-Division der dortigen Stellung hofte angeheben lassen, und dank dem hartnäckigen Widerstand der tapferen Schwaben gehalten werden können, einer Ueberflutung mit feindlichen Geschossen und den immer wieder erfolgenden Anstürmen zum Troh. Am 28. September ging sie verloren, und auch östlich anschließend machten die Engländer Fortschritte bei Courcellette. Im übrigen aber gelang es, die heftigen Angriffe, welche der Feind auf der ganzen Front des feindlichen Ansturmes zwischen Lesboeuys und Vouhadesnes vortrug, zu blutigen Schelten zu bringen. Auch in den beiden nächsten Tagen rannte der Feind sich in vergeblichem Ansturm gegen die von uns bezogenen rückwärtigen Stellungen immer wieder den Schädel ein, und auch die stärkeren Angriffe, welche nach einem vorübergehenden Abflauen vom 28. September in den letzten Septembertagen angeheft wurden und wiederum teils auf die Nivepalede, teils auf das Zentrum der Nordflucht zielten, konnten entweder im Kohlsam abge schlagen werden oder aber sie erstickten bereits in unserem Sperrfeuer.

(B. L. B.)

Aus Groß-Berlin.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten für ausreichende und billigere Lebensmittelversorgung.

Von den Stadtverordneten Karlowski u. Gen. (Soz.) ist der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgender Antrag unterbreitet worden:

„Ist der Magistrat bereit, beim Kriegsernährungsamt für eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel auf Land und Stadt, insbesondere auch dafür zu wirken, daß Milch, Fett, Gemüse und Kartoffeln nicht bei den Erzeugern zum Zweck der Preistreibererei zurückgehalten werden, so daß die Versorgung Berlins ausreichender und billiger als bisher geschehen kann?“

Dieser Antrag soll auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung (4. Januar) gesetzt werden.

Wie der Antrag festzustellen gezwungen ist, besteht eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel nicht, und wer ein wenig im Lande herumkommt, muß immer wieder die Erfahrung machen, daß gerade Berlin dabei nahezu am schlechtesten gestellt ist. Manche Lebensmittel, die man draußen, wenn auch bei stark vermindertem Angebot, stets haben konnte, sind in Berlin seit langer Zeit schon überhaupt nicht mehr auf dem normalen Wege zu erlangen. Genau so steht es mit den Preisen, die kaum irgendwo anders so hoch sind wie in der Reichshauptstadt. Vor dem Kriege hatte die Massenfuhrer zur Folge, daß die Preise in Berlin verhältnismäßig erträglich waren; während des Krieges diente das Massenbedürfnis der riesigen Stadt lediglich dazu, die Preise der Lebensmittel auf eine nie geahnte Höhe hinaufzutreiben. Die Hauptursache sind die Fehler, die unserer gesamten Lebensmittelpolitik während des Krieges zugrunde liegen: das viel zu späte Eingreifen, die mangelhafte Organisation, die überproportionale Rücksichtnahme auf Produzenten und Handel. Es bedarf einer grundlegenden Aenderung auf den beiden letzteren Gebieten; was in dem ersten Punkte — trotz der gleich zu Kriegsbeginn erhobenen ins einzelne gehenden sozialdemokratischen Forderungen — versäumt worden ist, läßt sich leider nur zu einem Teile wieder gut machen.

Ein „Silvester“-Scherz.

Vor wenigen Tagen teilte das Berliner Polizeipräsidium mit, daß es nicht daran denke, am Silvesterabend die Polizeistunde zu verlängern. Das war nach der bekannten Bundesratsverordnung auch gar nicht möglich. Und doch wird Silvester bis 1 Uhr nachts gezecht werden können. Von einer „offiziellen“ Verlängerung der Polizeistunde, so lesen wir in der „Voss. Ztg.“, ist allerdings abgesehen worden, denn es hätte die Verordnung in einer Vollversammlung des Bundesrats abgeändert werden müssen. Da sich dem in der Weihnachtswochen große Schwierigkeiten entgegenstellten, hat der Reichskanzler die Bundesstaaten ermächtigt, Ausnahmen am Silvester zu gestatten. Das preussische Ministerium des Innern scheint zwar bereit zu sein, solche Ausnahmen zuzulassen, wünscht aber nicht, was das einfachste gewesen wäre, eine entsprechende amlicke Verfügung zu erlassen. Deshalb hat es das Berliner Polizeipräsidium angewiesen, in Groß-Berlin den Silvesterverkehr in den Gasthäusern und Kaffees in offiziell stillschweigend bis 1 Uhr nachts zu dulden. Straßenbahn sowie Hoch- und Untergrundbahn dürfen in der Silvesternacht länger fahren.

Derjenige, der noch vor 24 Stunden getragt hätte, der preussischen Bureaukratie solche Späße anzudichten, der wäre bestimmt ausgelacht worden. Dieses Verfahren nun ist der Gipfel des Umlernens. Indes: wer weiß, wohin wir geraten, wenn die „inoffizielle Duldung“ sich zum System ausgestalten sollte! Lieber nicht.

Die hincingefallenen Schuhhämter.

Die durch ein „Verhängnis“ schon am 24. bekanntgewordene neue Verordnung, wonach vom 27. Dezember ab Schuhwaren nur noch gegen Bezugsscheine zu haben sind, hat bekanntlich am Sonntag und Dienstag eine wilde Jagd auf die Schuhgeschäfte zur Folge gehabt. Man stand geduldig in Kolonnen, nicht etwa aus Angst, daß man demnächst auf Holz-pantinen oder gar barfuß laufen müßte; denn das weiß jedermann, daß nicht nur jeder, der Schuhe haben muß, einen Bezugsschein bekommt, sondern daß auch Schuhe mehr als genug da sind, wenn sie nach Bedarf verteilt werden, sondern man wollte sich die „nötige“ Auswahl von Schuhen sichern. „Man“ muß doch nach wie vor mit gelbem, braunem, rotem, schwarzem, weissem und allem möglichen unaniernten Schuhwerk abwechselnd paradieren können. Entsetzlich auszu-denken, daß Madame oder Fräulein nicht alle paar Wochen neue Schuhe haben soll! Und die Modejünglinge zwischen 16 und 60, die sich in diesen Zeiten alberner als je zuvor tragen! Man kaufte also Sommerschuhe. Im Dezember!

Man kaufte wie toll, für hundert, für zweihundert Mark. Drei Paar für eine Person drohte fast normal zu werden. Und als keine passenden Stiefel mehr da waren, nahm man — wie „Ischlai!“ — beliebige, um sie später umzutauschen. Als überhaupt nichts mehr zu haben war, hinterlegte man, um nach Ergänzung der Lager die Ware abzuholen, beträchtliche Summen gegen „Gutschein“.

Den Mänteln aller dieser wackeren Mitbürger und Mitbürgerinnen, die die Pflicht des Einjährtrankens und „Durchhaltens“ nur für andere anerkennen, obwohl sie vielleicht den meisten Kalah dazu haben, macht eine Erklärung der Reichsbekleidungsstelle ein Ende. Es wird uns mitgeteilt:

Die in den letzten Tagen von der Bevölkerung getätigten Käufe von Schuhwaren auf Umtausch oder Gutschein sind vielfach in der irrigen Auffassung gemacht worden, daß dadurch der Erwerb von Schuhwaren ohne Bezugsschein ermöglicht werden könnte. Die Reichsbekleidungsstelle erklärt hierzu, der Umtausch von bereits übergebenen Schuhwaren unterliegt der Bezugspflicht, weil ein neuer Kaufgegenstand zu Eigentum überlassen wird. Auch auf die Gutscheine dürfen Schuhwaren nicht ohne Bezugsschein veräußert werden.

Schade, daß es kein Mittel gibt, die Namen der Hamster, Umtauscher und Gutscheinhaber zusammen zu bekommen, um sie öffentlich bekannt zu geben. Das Studium der Namen müßte recht lehrreich sein.

Auch das Kranksein wird teurer.

Vor einiger Zeit hat der Verzeitausschuß von Groß-Berlin mit Rücksicht auf die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung eine Erhöhung der ärztlichen Honorare beschlossen. Die Bevölkerung wird daher mit der Tatsache rechnen müssen, daß die besonders zu Neujahr eingehenden Liquidationen durchschnittlich erheblich höher sein werden als in früheren Jahren. So lautet eine der Presse zugehende Mitteilung. Gewiß: die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung ist nicht zu bestreiten. Wer nicht zu der Kategorie der Kriegsgewinner gehört, der verspürt sie Tag für Tag ohne Unterbrechung. Während aber die Verzeite zum Teil infolge der Einberufung zahlreicher Kollegen einen Ausgleich in der vermehrten Praxis finden, muß der Normalconsument leben, wie er trotz der verminderten Kaufkraft des Geldes auskommt. Die Folge der enormen Verteuerung der Ernährung in Verbindung mit der fast ebenso bedeutenden Verringerung der Auswahl zweckmäßiger und gesundheitsnotwendiger Lebensmittel ist eine erhöhte Disposition zu Erkrankungen. Andererseits zwingt die Knappheit der geldlichen Unterhaltsmittel die Beschäftigten, in vermehrtem Umfange auf die Herbeiziehung ärztlicher Hilfe zu verzichten; wird aber das Honorar des Arztes noch teurer — die Verteuerung droht sogar mit einer „erheblichen“ Erhöhung! —, so wird mancher Familienvater künftig noch mehr als bisher schon bisher auf die Hilfe des Arztes verzichten oder sie erst anrufen, wenn es zu spät ist. Dies alles sollte den Verzeitausschuß zur Zurückziehung seines gerade jetzt doppelt bedenklichen Beschlusses veranlassen. Wir Sozialdemokraten fordern bekanntlich, daß die ärztlichen Verufe aus einem freien Gewerbe in ein öffentliches Amt verwandelt werden, das jedem Erkrankten unentgeltliche Behandlung sichert.

Stadtbahngespräch.

Mit einigem Staunen, eist oder geipelt, und etwas stumpfsinnigem Gesicht hört der eine seinem Gegenüber zu, einem fast wegen aussehenden Manne, der an Thomases Wilderergestalten erinnert, aber in der Sprache den Märker nicht verleugnet. Er erzählt zuerst von den Verwüstungen der Russen in Ostpreußen, wo einige seiner Kollegen, Maurermeister, am Wiederaufbau beschäftigt sind. „Da war ich auch drüben in Russland. Dort haben sie noch alles — Schweineköpfe, hab mir auch was mitgebracht, und Mehl. Kostet zwar auch 30 Pfennig das Pfund, aber ich hab's wenigstens; 23 Pfund mitgebracht, direkt von der Mühle. Na, da konnten wir wenigstens ordentlich Kuchen backen zum Fest.“

„Ja, ja,“ sagt der andere, „in Berlin ist alles knapp.“

„I wo,“ erwidert rebellig, wenn auch nur halb laut, der Maurermeister, „man muß nur wissen, wo man hingehet; Fleisch jenuch!“

„Aber auf Marken!“

„Das ist schon nichts! — Sehn Sie, da waren wir, ein paar, in Birkenwerder. Da haben wir einen. Haben am Sonntag Hammelfleisch geholt. Alles Mögliche, auch Leber und so. Freilich, mit Fahret und allem kam uns das Pfund auf 3 M. 50 — aber man hat doch was! — Und dann haben wir nach Schweinefleisch gefragt. Da wollte der erst horken: „Ja, wissen Sie, es gibt nichts, die Leute geben nichts raus. Williger wie das Hammelfleisch wird's auch nicht kommen.“ horchte der immer. Aber ich denke, am Sonntag frelegen wir was.“

„Ja,“ meint der staunende Partner, „es ist aber doch alles kontrolliert, es darf doch nur mit Erlaubnis geschlachtet werden.“

„Ah, haben Sie 'ne Ahnung. Das Schwein ist einfach gestohlen. Mit allen den gestohlenen Schweinen ist das meiste so. Wollte mal sehen — ein Schwein stehlen. Quickt schon wer weiß wie, wenn nur ein Fremder in den Stall kommt, und erst wegbringen, na, das Geschrei!“ — — —

Da steigt der Erzähler aus und hinterläßt ein nachdenkliches Publikum, das heimwärts fährt, Mohrrüben essen — wenn's welche gibt — Kartoffeln und Kohlrüben.

Die Berliner Säuglingssterblichkeit.

Die Sterbeziffer der Säuglinge, berechnet nach dem kürzlich im „Vorwärts“ erörterten zuverlässigen Verfahren, ist für Berlin vom Statistischen Amt auch aus dem Monat Oktober jetzt bekanntgegeben worden. Wieder zeigt sich, daß trotz Minderung der Säuglingssterbefälle doch bei Berücksichtigung der Geburtenminderung selber gegenüber dem vorigen Jahr eine Mehrung der Säuglings-Sterbeziffer zu verzeichnen ist. Es waren im vorjährigen Oktober unter 2130 Gestorbenen noch 255 Säuglinge, fast 12 Proz., im diesjährigen Oktober unter 2116 Gestorbenen nur 205 Säuglinge, nur 9 1/2 Proz. Werden die Zahlen der Säuglingssterbefälle auf das ganze Jahr erhöht und mit den Zahlen der je in den letzten zwölf Monaten lebendgeborenen Kinder verglichen, so erhält man eine Säuglingssterbeziffer von 9 1/4 Proz. für den vorjährigen Oktober, aber von 10 1/4 Proz. für den diesjährigen Oktober. Im September, für den das Berliner Statistische Amt zum ersten Male die zuverlässigere Berechnungsweise angewendet, war die Säuglingssterbeziffer im vorigen Jahre etwa 9 1/2 Proz., in diesem Jahre aber etwa 11 1/2 Proz. der Lebendgeborenen.

Städtische Wohnungsfürsorge.

Das Ergebnis einer umfassenden Statistik, die der Verband deutscher Städtestatistiker auf Veranlassung des Vorstandes des Städtetags vorgenommen hat, liegt nunmehr, wenigstens teilweise vor. Von dem umfangreichen Werke, das in drei Bänden erscheinen soll, ist soeben der zweite von dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, Dr. A. Kuczynski, bearbeitete Teil erschienen. Er behandelt die städtische Wohnungsfürsorge.

Die Untersuchung erstreckt sich auf die 123 Städte, die nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 mehr als 25 000 Einwohner hatten und außerdem einige wenige Städte, die erst später diese Bevölkerungszahl überschritten haben.

Leider ist die Zahl derjenigen Gemeinden, die selbst keine Wohnungen erstellt haben, noch recht gering, nur 16 preussische Städte haben sich zu dieser Maßnahme, die die unmittelbarste und in vielen Fällen auch die wirksamste Hilfe zur Behebung örtlicher Wohnungsnot und örtlichen Wohnungslebens bildet, entschlossen. Im großen ganzen stehen die Gemeinden heute auf dem Standpunkt, daß Eigenbau von Wohnhäusern als allgemeine Maßnahme städtischer Wohnungsfürsorge nicht in Frage komme, daß er aber im einzelnen gerechtfertigt erscheine, insbesondere um einer Wohnungsnot zu begegnen, deren Beseitigung das private Bauunternehmertum nicht gewachsen oder nicht geneigt ist, oder um vorbildlich und durch das Beispiel anregend und fördernd auf den Bau einwandfreier Arbeiterwohnungen zu wirken.

Weiter verbreitet ist die Ansicht, daß es sich empfiehlt, Gelände für Kleinwohnungsbau entweder zu verkaufen oder in Erbpacht zu vergeben. In der Hauptsache handelt es sich um Verläufe an gemeinnützige Baugesellschaften oder sonstige Genossenschaften und Vereine, die sich den Bau von Kleinwohnungen zur Aufgabe ge-

macht haben. Erleichterungen für die Käufer traten ein durch Stundung des Kaufgeldes, durch Gewährung von Baugeld, durch Verzicht auf Abgaben. Auf der anderen Seite mußten sich die Käufer gewissen Bau- und Benutzungsbeschränkungen unterwerfen, vielfach wurden auch ausdrücklich Bestimmungen getroffen, die einen spekulativen Weiterverkauf hinderten, oder aber die Städte behielten sich das Wiederkaufrecht vor. Im ganzen sind es vierzig Städte, die Baugelände für Kleinwohnungen in einem Gesamtvolumen von 125 Hektar zu einem Preise von neun Millionen Mark verkauft, und 13 Städte, die Baugelände für Kleinwohnungen und Ledigenheime in Erbbaurecht vergeben haben. Von unserem Standpunkt aus müssen wir dem Verkauf von städtischem Gelände, sei es in welcher Form auch immer, grundsätzlich widersprechen. Dagegen haben wir gegen die Vergabe von Gelände im Erbbaurecht nichts einzuwenden, weil die Stadt hier auch formell Eigentümerin des Bodens bleibt, und weil nach Ablauf der vereinbarten Pachtdauer ihr Verfügungsrecht wieder herzustellen wird und die von dem Pächterbesitzer errichteten Gebäude wieder in ihr Eigentum übergehen. Dazu kommt, daß die Stadt ihre Forderungen hinsichtlich der Bebauung im Vertrag mit Nachdruck geltend machen und so in sozialer und städtischer Hinsicht bestimmend auf den Hausbau wirken kann. Schließlich darf man auch nicht außer acht lassen, daß jede inwieweit eingetretene Wertsteigerung der Stadt zugute kommt. Wenn das Erbbaurecht trotz seiner zweifellosen Vorgänge als wohnungspolitische Maßnahme verhältnismäßig wenig Verbreitung gefunden hat, so wegen der Schwierigkeit der Beschaffung von Hypotheken. Es wäre dringend notwendig, daß hier auf dem Wege der Gesetzgebung eine Aenderung eintritt, daß insbesondere bestimmte Vorarbeiten darüber getroffen werden, inwieweit auf derartige Häuser gegebene Hypotheken als mündelsicher anzusehen sind.

In neuerer Zeit haben die Gemeinden vielfach der Erleichterung des Realcredits ihre Aufmerksamkeit gewidmet, indem sie städtische Anstalten für Hypotheken oder städtische Grundrentenanstalten und Darlehensstellen errichtet haben. Anstalten für erste Hypotheken finden wir allerdings bisher nur in Düsseldorf, Magdeburg und Neulöbn, Anstalten für zweite Hypotheken dagegen sind bereits in 43 Städten errichtet, darunter auch in Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf und Charlottenburg. Die systematische Fürsorge für die Beschaffung von zweiten Hypotheken, die zweifellos den Uebergang zu einer neuen und schwierigeren Vertiefung der Gemeinden im Wirtschaftsleben bildet, setzte mit dem Jahre 1902 ein. Gewiß bedeutet eine solche Verwendung städtischer Mittel ein Risiko für die Gemeinden. Deshalb sind einige Städte dazu übergegangen, anstatt selbst Anstalten zur Vergabe zweiter Hypotheken zu errichten, sich mit der Rolle der Vermittler zu begnügen und Hypothekenanstalten ohne städtische Mittel oder doch unter möglicher Schonung derselben ins Leben zu rufen. Wieder andere Städte haben der Gründung von Hypothekenvereinen, gleichsam Produkten aus Selbsthilfe und städtischer Hilfe, den Vorzug gegeben. Im ganzen sind seit Kriegsbeginn rund 68 Millionen Mark seitens der Städte für zweite Hypotheken bewilligt worden. Die Mittel werden fast überall durch Anleihen teils bei öffentlichen Instituten, insonderheit bei den Sparkassen, teils im Wege der Obligationenanleihen beschafft. Dazu kommt als eine weitere Form der Förderung des Realcredits die Bürgschaftübernahme für die finanzielle Verpflichtung Dritten gegenüber aus Hypothekenanleihen. Teilweise sind es ganz beträchtliche Summen, für welche die Städte — meist selbstständig — haften. Die Schulden sind in der Hauptsache gemeinnützige Baugesellschaften, Genossenschaften und Vereine, Privatpersonen gegenüber findet sich die Garantienübernahme seltener.

Was die sonstige Wohnungsfürsorge betrifft, so besteht eine in neuerer Zeit immer mehr in Aufnahme kommende Form der Unterstützung des Kleinwohnungswezens in der Beteiligung der Städte an gemeinnützigen Baugesellschaften und Vereinen durch Uebernahme von Anteilscheinen oder Aktien. Die Erfahrung lehrt, daß solche Beteiligungen in der Hauptsache mehr ideeller Natur sind und daß es weniger auf die Höhe der Beteiligung als vielmehr darauf ankommt, daß die Stadt überhaupt Mitglied des Vereins ist.

Wieder andere Städte haben im Interesse des Kleinwohnungsbaues die Zahlungsbedingungen für die Straßenbautkosten erleichtert. Hier und da werden auch die Kanalgebühren ermäßigt oder ganz erlassen. Noch andere Städte fördern den Kleinwohnungsbaubau durch eine Ermäßigung der Grundsteuer. Endlich begegnen wir auch hier und da dem Erlaß der Umsatzsteuer, allerdings nicht generell, sondern nur von Fall zu Fall.

Bedenkt man weiter, daß mehr und mehr die Gemeinden auch zur Unterstützung der Errichtung von Ledigenheimen schreiten, so wird man dem Vorstehende des preussischen Städtetages beipflichten müssen, wenn er in seiner Eingabe zum Wohnungsgesentwurf sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Einengung der städtischen Selbstverwaltung im Gebiete des Siedelungs- und Wohnungswezens ausspricht. Gewiß genügen die bisherigen Leistungen der preussischen Städte auf dem Gebiete des Wohnungswezens noch bei weitem nicht unseren Anforderungen, aber andererseits darf nicht verlangt werden, daß die Städte auf dem richtigen Wege sind, und nichts wäre verkehrter, als eine Gesetzgebung, die sie hindert oder die es ihnen erschwert, den einmal betretenen Weg mit Erfolg weiter zu geben.

P. H.

Sommerzeit und Gaswerke.

Die Dichtberger städtischen Behörden haben eine Erhöhung des Gaspreises vom 1. Januar 1917 ab von 13 auf 16 Pf. für das Kubikmeter beschlossen, weil der Ertrag des städtischen Gaswerks infolge der Kohlentwertung, vor allem aber infolge der Einbuße durch den Rinderverbrauch während der Sommerzeit erheblich zurückgegangen ist. Der Verbrauch war im Sommerhalbjahr 1916 um 15 Millionen Kubikmeter mit 163 881 M. geringer als im Sommerhalbjahr 1915. Ein weiterer ungünstiger Einfluß ist von der Bundesratsverordnung über die Einschränkung des Lichtverbrauchs und durch die frühere Schließung der Gas- und Elektrizitätswerke infolge der neuen Verordnungen während der weiteren Dauer des Krieges nicht unerheblich sinken. Ein Ausgleich wird fast überall durch Erhöhung der Tarife versucht werden. So treibt ein Teil den anderen. Die Folge der Verteuerung wird — ein weiterer Rückgang des Verbrauchs im Einzelhaushalt sowohl wie eine verminderte Zunahme der Anschläge sein.

„In Gelee“.

Krabben und Seemuscheln gehören noch vor kurzem zu den billigsten und beliebtesten Nahrungsmitteln. Jetzt sind sie fast ganz vom Markt verschwunden, oder vielmehr: sie erscheinen hier nur noch in fozulagen „denaturiertem“ Zustande, nämlich „in Gelee“ oder „in Aspik“. Diese Aufmachung bedeutet aber in der Regel eine ungeheure Ueberverteilung des Publikums, denn die Preise sind derartig, daß sie in gar keinem Verhältnis zu dem realen Werte der Ware stehen. Das Gelee wird nämlich lediglich aus Wasser hergestellt, dem etwas Essig und Gelatine zugelegt ist. Seine Per-

stehungslosten Betragen nur wenige Pfennige pro Kilo und sein Nährwert ist gleich Null. In dieser Mischung befinden sich Krabben oder Muschelfleischstücke und für ein Pfund des meist wenig wohl-schmeckenden Nahrungsmittels werden dem Käufer in der Regel mehrere Mark abgenommen. Besondere Vorsicht ist am Plat, wenn die Ware in Dosen angeboten wird. Hier kann es einem — wie uns ein Leser schreibt — passieren, daß man für 2 Mark ganze 50 Gramm erwirbt. Die Fabrikanten verdienen dabei natürlich ein Heidengeld, aber dem deutschen Volk ist wieder einmal ein wertvolles und wohlfeiles Nahrungsmittel entzogen worden.

Milchbezug.

Der Magistrat teilt uns mit: Es wird vielfach darüber geklagt, daß Ungleichmäßigkeiten in der Belieferung der Milchhändler mit Vollmilch für ihre Kunden vorzukommen. Diese Klagen würden zum großen Teil verfliegen, wenn die Milchhändler die Vorschriften der Zeitschrift Groß-Berlin (Milch) über die Einlieferung der Anmeldeabschnitte so genau beachteten würden. Der Milchhändler bekommt genau so viel Milch, als die von ihm überlieferten Anmeldeabschnitte nachweisen. Ueberdies treten bekanntlich mit dem Vierteljahrsebene gesetzliche Änderungen in der Berechnung, Vollmilch zu beziehen, ein. Die Kinder, die im letzten Viertel des Jahres das erste Lebensjahr zurückgelegt haben, bekommen nicht mehr 1 Liter, sondern nur $\frac{1}{2}$ Liter Milch, die Kinder, die das 2. Lebensjahr im letzten Vierteljahr zurückgelegt haben, bekommen nur noch $\frac{1}{4}$ Liter Milch; die Kinder, die das 3. Lebensjahr zurückgelegt haben, bekommen überhaupt keine Vollmilch mehr. In den Kundenzetteln der Milchhändler muß das natürlich berücksichtigt werden. Die Zeitschrift Groß-Berlin (Milch) macht öffentlich bekannt, daß die Januararten den Milchhändlern bis spätestens 2. Januar 1917 zur Abtrennung der Anmeldeabschnitte vorzuliegen sind, und daß die Milchhändler die gesammelten Anmeldeabschnitte am 3. Januar 1917 an die Zeitschrift Groß-Berlin (Milch) zu senden haben. Die Karten dürfen aber nur denjenigen Milchhändlern vorgelegt werden, in dessen Kundenliste der Inhaber der Karte eingetragen ist.

Tauschbootbriefe.

Zur Beförderung mit deutschen Handels-Tauschbooten können bis auf weiteres versuchsweise gewöhnliche Briefe ohne Wareninhalt und Postkarten (ohne Antwortkarte) nach den Vereinigten Staaten von Amerika und nach neutralen Ländern im Durchgang durch die Vereinigten Staaten (Mexiko, Mittel- und Südamerika, Westindien, China, Niederländisch-Indien, den Philippinen usw.) bei den Postanstalten unter den nachstehenden Bedingungen aufgegeben werden:

1. Die Briefe und Postkarten unterliegen hinsichtlich der zugelassenen Sprachen und der sonstigen Anforderungen den während des Krieges aus militärischen Rücksichten für gleichartige Sendungen nach dem neutralen Ausland angeordneten Beschränkungen.
2. Das Höchstgewicht der Briefe darf 50 Gramm nicht übersteigen.
3. Die Sendungen (Briefe und Postkarten) müssen freigemacht und auf der Vorderseite mit „Tauschbootbrief“ bezeichnet sein.
4. Für Briefe und Postkarten gelten die Gebührensätze des Weltpostvereins.
5. Der Absender hat die Tauschbootsendung in einen offenen Briefumschlag zu legen und diesen mit der Anschrift:

„Tauschbootbrief nach Bremen“

zu versehen. Dabei können mehrere Briefe oder Postkarten von demselben Absender zusammen in einem Umschlag abgepackt werden. Auf der Rückseite des äußeren und des inneren Briefumschlages sowie auf der Vorderseite der Postkarte hat der Absender seinen Namen und seine Wohnung genau anzugeben. 6. Für die Beförderung der Auslandsendungen mit dem Handels-Tauschboot hat der Absender als Entschädigung für die der Postverwaltung erwachsenden außergewöhnlichen Kosten noch eine besondere Gebühr zu entrichten. Diese Gebühr beträgt für Postkarten und Briefe bis 20 Gramm 2 Mark, bei Briefen über 20 Gramm für je 20 Gramm des Briefengewichts 2 Mark. Die hierauf aufkommende besondere Gebühr ist vom Absender in Freimarke auf dem äußeren Umschlag zu verrechnen. 7. Die von den Absendern freigemachten, zur Beförderung durch Tauschboot bestimmten Briefe und Postkarten sind nicht durch die Briefkästen, sondern bei den Annahmestellen der Postanstalten oder, in Orten ohne Postanstalt, bei den Landbriefträgern einzuliefern. 8. Zur Beförderung mit einem Handels-Tauschboot ungelegene Sendungen werden mit einem entsprechenden Vermerk an die Absender zurückgeschickt. Der Wert der zur Freimachung der Auslandsendungen verwendeten Freimarken wird nicht erstattet; die besondere Gebühr für die Beförderung mit dem Tauschboot kann dagegen auf Antrag des Absenders zurückvergütet werden.

Die Bekanntgabe des Zeitpunktes, an dem die Beförderung von Briefsendungen mit dem Handels-Tauschboot stattfinden wird, ist nicht angängig. Die Absender müssen mit einer längeren Beförderungsdauer rechnen.

Bezug von Süßstoff. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats, Zuderbezugsstelle, können im Monat Januar die Abschnitte 16 und 17 der Süßstoffkarte H benutzt und dafür aus den Drogergeschäften und den Apotheken, welche Süßstoff für Haushaltungen, sogenannte H-Briefchen, an das Publikum abgeben, bezogen werden. Hierbei soll nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß auf jeden Abschnitt der Süßstoffkarte H drei Briefchen zum Preise von je 25 Pf. bezogen werden können.

Fünf Personen an Fischvergiftung erkrankt.

Die in der Meher Straße 9 in Spandau wohnende Arbeiterfrau C. hatte am Heiligabend Fischkonserven gekauft und gemeinsam mit ihren drei jüngeren Kindern und einem Schlafburischen zu Abendbrot gegessen. Bald nach dem Gemahl stellten sich bei allen fünf Personen Krankheitserscheinungen, wie Erbrechen und Bewußtlosigkeit ein. Als in der Nacht die älteste Tochter von der Nacharbeit in einer Fabrik nach Hause kam, fand sie Mutter, Geschwister und den Schlafburischen leblos auf den Betten liegend auf. Die verzerrten Gesichtszüge der Erkrankten und die Spuren von Erbrechen veranlaßten das Mädchen, unverzüglich einen Arzt herbeizurufen, der bei allen fünf Personen Vergiftung feststellte und sie nach dem Städtischen Krankenhaus bringen ließ. Dort konnten der Mann und die drei Kinder wieder ins Leben zurückgerufen werden und bei ihnen erscheint auch die Lebensgefahr beseitigt. Die Mutter dagegen liegt noch immer bewußtlos darnieder und es ist sehr fraglich, ob sie wird am Leben erhalten werden können. Der Verdacht, daß es sich um eine Fischvergiftung handelt, hat sich durch die Befundungen des erkrankten Schlafburischen vollumfänglich bestätigt. Die Vergiftungserkrankungen äußerten sich unmittelbar nach dem Gemahl der Fischkonserven, die Frau C. aus einem Geschäft in der Richele-dorfer Straße gekauft hatte. Dort hat die Polizei alle Vor-räte an diesen Fischkonserven zwecks genauer Untersuchung beschlagnahmt.

Zu dem Treiben des unheimlichen Schüben in den Wäldungen zwischen Seefeld und Spandau erfahren wir, daß entgegen den Meldungen anderer Zeitungen bisher nur eine Person durch den unbekannten Schützen verletzt worden ist, und zwar ein Soldat, der glücklicherweise nur leicht verwundet wurde. Von einer Verwundung der Briesträgerin von Seefeld ist an der zuständigen amtlichen Stelle nichts bekannt. Die Nachforschungen nach dem Täter sind im Gange. Alle Postbeamten und Gendarmen sind gegenwärtig mit der Durchsuchung der Forsten beschäftigt, wozu auch auf Er-

suchen des Amtsvorstehers ein Kommando Soldaten hinzugezogen worden ist. Die Nachforschungen werden aber dadurch außerordentlich erschwert, daß es sich um ausgedehnte Wäldungen handelt, die dem unheimlichen Schützen reichlich Gelegenheit zu sicheren Verstecken bieten. Soweit bisher festgestellt werden konnte, kommt als Täter ein Mann in dunkler Zivilkleidung in Frage. Es wird vermutet, daß man es hier mit einem aus dem Heeresdienst entlassenen Soldaten zu tun hat, der offenbar geisteskrank ist und unter einem gewissen Zwange handelt. Bei einer Streife durch die Forst stehen zwei Beamte auf einen verdächtigen Mann, den sie anriefen. Der Mann leistete jedoch dem Anruf nicht Folge, sondern flüchtete. Einer der Beamten machte von seiner Schußwaffe Gebrauch, der Schuß ging anscheinend aber fehl, so daß es dem Verdächtigen im Schutze der Dunkelheit gelang zu fliehen.

Strenge Maßnahmen gegen die Spielfläß. Die in Groß-Berlin bestehenden Spielfläß werden gegenwärtig einer scharfen Kontrolle durch die Polizeibehörden unterzogen. Anlaß zu dieser Maßnahme dürfte der Umstand gegeben haben, daß anscheinend in einzelnen dieser Klubs gerade während des Krieges Zeit Hazardspiele in unzulässiger Höhe betrieben worden sind. Mehrere Klubs ist die Spielerelaubnis vollständig entzogen worden. Es dürfen in ihnen fortan keinerlei Glücksspiele gebildet werden. Ferner sind denjenigen Klubs, in denen es auch nach den Verfügungen der Polizeibehörde einwandfrei zugeht, Beschränkungen auferlegt worden. Nichtmitglieder dürfen die Räume der Klubs unter keinen Umständen betreten, weder zum Zwecke der Aufnahme noch zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten. Jede Uebertretung dieser Vorschrift ist mit rücksichtsloser Schließung des Klubs bedroht.

Einen neuen Kniff, seine Beute zu Geld zu machen, wendet ein Ueberzieher an. Während die Spezialisten bisher ihre Beute an Althändler zu verkaufen oder bei Pfandleihern zu versetzen pflegten, bewertet er sie bei Privatleuten. So erlitt er gestern bei einem Gewerbetreibenden in der Kleinen Frankfurter Straße und erzählte ihm, er komme von auswärts und sei bei einem Architekten, der in dem Hause wohne, angestellt. Sein Koffer liege noch auf dem Bahnhof. Er brauche ihn dringend, weil er sein Arbeitszeug enthalte, und möchte ihn deshalb gern gleich auslösen. Auf der Reize habe er sich aber ganz abgegeben. Der Geschäftsmann möge deshalb so freundlich sein, ihm auf seinen Ueberzieher auf kurze Zeit 30–40 Mark zu leihen. Der Mann gab ihm das Geld und — war es los. Der Ueberzieher war gekloppt und wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Verlesen wurde von einem Feldgauen am 22. Dezember, abends gegen 10 Uhr, auf dem Wege vom Baltenplatz bis zur Ebelingstraße ein kleines Paket (Pappschachtel), enthaltend allerlei Liebesgaben, wie Wollsocken, Tabak und Tabakpfeife, 1 Tafel Schokolade, 1 Serbientencing und 1 Paar Rosensträger. Der Finder wird gebeten, das Paket abzugeben bei Rosendorff, Ebelingstraße 13.

Vom Treppengeländer abgestürzt. Ein schon oft gerügtes gefährliches Spiel der Kinder hat einen bedauerlichen schweren Unfall herbeigeführt. Der siebenjährige Heinrich Meier spielte mit mehreren anderen Knaben Mittwoch abend im Hausflur des Hauses Aders-trasse 68 in Lichtenberg. Die Jungen vergnügten sich damit, auf dem Treppengeländer hinabzurutschen. Dabei verlor der kleine K. das Gleichgewicht und stürzte kopfüber aus beträchtlicher Höhe auf die Straße ab. Der Knabe erlitt einen doppelten Schädelbruch, sowie einen Ober- und Unterarmbruch. Er wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Lichtspiele Tauentzien-Palast. Heute (Freitag) ist die Eröffnung des fünfjähigen Filmromans „Arme Eva Maria“ von Joe May. Eine Anzahl Berliner Bühnenkräfte wirkte in den Hauptrollen mit. Ferner ist in diesem Spielplan Madensens Donauübergang bei Swoistow zu sehen, eine Reihe echter Kriegsaufnahmen, die in Deutschland ihre Erstaufführung im Tauentzien-Palast erleben.

Aus den Gemeinden.

Neulüdn. Eine bedeutende Steigerung der Essenausgabe in den Volksschulen macht sich hier bemerkbar. Die Zahl der im Monat November d. J. verabreichten Portionen betrug 123 000, während bereits Anfang Dezember in einer Woche 40 000 Portionen ausgegeben wurden. Es steht zu erwarten, daß durch den Eintritt der Frostperiode noch weit höhere Anforderungen an die städtischen Einrichtungen gestellt werden. Der Neulüdn Magistrat hat deshalb die sofortige Vermehrung der Speisungsanstalten um zwei weitere Küchen beschlossen, so daß nunmehr insgesamt 7 Volksschulen, einschließlich Mittelhandelsküche, der Bevölkerung zu Gebote stehen.

Berichtszeitung.

Preiswucher mit Schweinen.

8000 Mark Geldstrafe.

Nachdem durch Bundesratsverordnung vom 14. Februar 1916 für Schweine die Stallhöchstpreise (Höchstpreise für Produzenten) eingeführt und die Schweinehöchstpreise für Viehmärkte aufgehoben worden waren, erließ am 29. Februar 1916 der Verein Berliner Viehkommissionäre an seine Mitglieder ein Zirkular, wozu nach Hinweis auf die Aufhebung der Schweinehöchstpreise für Schlachtvieh (Markthöchstpreise) gesagt wurde: „Wir bitten, vom morgigen Tage an zu nehmen, was zu nehmen ist.“

Darum schnellten zum nächsten Markttage am Berliner Viehhof die Schweinepreise außerordentlich in die Höhe. Zu den beim Schweinehandel beteiligten Viehkommissionären gehörte die Firma E. H. Schmidt & Komp. Für sie handelte dabei ganz selbständig der bei der Firma seit 40 Jahren angestellte Herr Dörre. Er schloß die Schweineverläufe ab, mit denen die Viehhändler seine Firma betraut hatten.

Dörre wurde nun wegen acht solcher Verläufe vom Landgericht in Berlin zu einer Geldstrafe von insgesamt 8000 M. verurteilt. Das Landgericht erachtete Preiswucher im Sinne der Verordnung des Bundesrats vom 23. Juli 1915 für vorliegend.

Begründend wurde u. a. ausgeführt: Wenn man die von den Händlern gezahlten Stall-Höchstpreise als Geschützungslosten zugrunde lege und die verhältnismäßig geringen Unkosten hinzurechne, so seien hier Reingewinne von 47 Proz., von 54 Proz., von 76 Proz. und von 82 Proz. erzielt worden. Der recht-mäßige angemessene Gewinn sei demgegenüber $\frac{1}{2}$ bis 2 Proz. Objektiv liege ganz zweifellos ein Verstoß gegen die Preiswucher-verordnung vor. Denn der Heimbewerker sei ungewöhnlich, wenn man bedenke, daß es sich um eines der wichtigsten Volksnahrungsmittel handle. Nun sei geltend gemacht worden, daß bei Feststellung eines übermäßigen Gewinns nach § 5 der Bundesratsverordnung auch die Marktfolge zu berücksichtigen wäre. Das treffe aber nur zu bei einer gesunden Gestaltung der Marktfolge. Hier habe aber ein ganz ungesunder Marktpreis vorgelegen, der wider die guten Sitten in Handel und Verkehr zustande gekommen wäre. (Das Landgericht verweist auf das erwähnte Zirkular.) Unerheblich wäre, daß das Zirkular zugleich die Mitglieder der Vereinigung der Berliner Viehkommissionäre darüber unterrichtet wolle, daß Markthöchstpreise nicht mehr beständen. Der sinnlos in die Höhe gegangene Marktpreis habe bei der Beurteilung auszuheben müssen. — Auch subjektiv sei der Angeklagte Dörre verantwortlich.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten gegen dies Urteil eingelegte Revision mit der Begründung, daß das Urteil frei vom Rechtsirrturn sei. Gleichgültig wäre, daß Dörre

nicht für sich selber wirkte. Nach dem § 5 der Preiswucher-Verordnung mache sich auch strafbar, wer den übermäßigen Gewinn an einem anderen gewähren läßt. Hier seien die anderen im Sinne teils die Händler gewesen, die die Firma Schmidt & Komp. mit den Verläufen beauftragten, teils diese Firma selbst, die durch ihre prozentuale Provision daran beteiligt war.

Bestrafte Milchpantischer.

Sechs Monate Gefängnis, 3000 M. Geldstrafe und drei Jahre Ehrverlust beantragte der Staatsanwalt für einen Milchpantischer, der sich gestern in der Person des Maffereibestizers Georg Eßmann wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz und Ueberschreitung der Höchstpreise vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten mußte. Der Angeklagte hatte es fertig gebracht, den Wasserleitungs-bahn so erzieht in Tätigkeit zu setzen, daß die von ihm entnommenen Proben nicht weniger als 60 Proz. Wasser zuzufügen aufwies. Er entschuldigte sein Vorgehen in der bekannten Weise mit der Kunst der gegenwärtigen geschäftlichen Verhältnisse und mit der Not, die ihn dazu gezwungen habe. Seine Handlungsweise wurde jedoch als derart schlimm angesehen, daß der Staatsanwalt den oben erwähnten Antrag stellte. Das Gericht nahm aber noch einmal von dem Ehrverlust Abstand und erkannte im übrigen auf drei Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. — Vor dem gleichen Gericht und unter derselben Anklage stand dann noch der Milchhändler Hermann Schulz. Er hatte sich mit etwas weniger begnügt und „nur“ 25 Proz. Wasser hinzugelegt. Das Urteil fiel deshalb gegen ihn auch milder aus und lautete auf zwei Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

Ein merkwürdiges Motiv zum Diebstahl machte der Akerer Franz D. geltend, der am 6. Oktober vom Landgericht Saargemünd wegen fortgesetzten Diebstahls zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Der Landwirt C. in Kellingen hatte wahrgenommen, daß der an seiner Scheune aufgestapelte Heuvorrat sich in verächtlicher Weise verringerte. Nachforschungen ergaben, daß jemand in der Scheune eingedrungen war. Der Verdacht fiel auf den Angeklagten, dessen Tätercharakter schließlich festgestellt wurde. Vor Gericht bestritt der Angeklagte, die Absicht der rechtswidrigen Zueignung bei Wegnahme des Heues gehabt zu haben. Er behauptete vielmehr, es sei ihm lediglich darauf angekommen, mit C. vor Gericht zu kommen, um festzustellen, ob dieser in unläuterer Beziehungen zu seiner, des Angeklagten Ehefrau gestanden habe. Das Gericht hat diesem Einwande keinen Glauben versagt und die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Aus aller Welt.

Wasserflugzeuge für eine Nordpolfahrt.

Der Nordpolfahrer Amundsen beschäftigt in Amerika Wasserflugzeuge für seine Nordpolfahrt anzulernen. Die Maschinen sollen so gebaut sein, daß sie sich über ebenes Eis ebenso gut wie über Wasser bewegen können. Sie sollen bei Expeditionen vom Schiffe aus zur Verbenbung gelangen, zu welchem Zwecke das Expeditionsschiff mit Abflug- und Landungsbrücke auf dem Dock verkehren werden wird. Bekanntlich hat sich Amundsen selbst als Pilot ausgebildet, doch liegt es nicht in seiner Absicht, die Flüge auf der Nordpolfahrt selbst zu unternehmen. Vielmehr will er einen nordwegischen Piloten mitnehmen, und die Absicht ist dann, wenn das Schiff weit genug nach Norden vordringt, einen Flug zum Nordpol zu unternehmen. Natürlich wird Amundsen gegebenenfalls an diesem Fluge als Beobachter teilnehmen. Das Flugzeug soll dann nur den nötigen Mundvorrat und wissenschaftliche Instrumente mitführen.

Grubenbrand in Oberschlesien.

Beuthen (Oberschlesien), 28. Dezember. Auf dem Silberbrandtschacht der Gottes-Zegen-Grube in Antonienhütte ereignete sich gestern ein Grubenbrand. Zur Zeit des Unfalles waren gegen 120 Mann an der Unfallstelle beschäftigt. Durch Einatmen giftiger Gase sind 12 Mann ums Leben gekommen.

Eine städtische Schuhsohlerei hat die Gemeinde Miltzhausen im Elsaß errichtet. Dort werden Beschäftigten für die Begleiter von Kriegsfamilien, Arbeitslosen und Armenunterstützung zum halben ortsüblichen Preise und sonstige Hilfsarbeiten zum Selbstkostenpreise hergestellt.

Sie werden nicht ausgehungert! Dafür ist Detlev die Specken-solge für die Uebernahmekommission eines schweren Stobageloches, vom 20. Oktober 1916, die die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht:

- Feiner Imbiss
- Kraftbrüche
- Fogosch mit Tarentenlunke
- Lebensmitteln mit Gemüse
- Steirische Poularde mit Dinstofst und Salat
- Getrornes
- Käse, Obst, Kaffee
- Cherrh. Pilsner Urquell
- Beizweim, Rotwein, Schaumwein.

Wetterkatastrophen in der Schweiz.

Bern, 27. Dezember. Immer neue Nachrichten treffen aus allen Teilen des Landes, besonders aus der Westschweiz, über Erdstöße und Ueberhochwimmungen ein. Die Bahnlinie Bern—Schwarzenburg ist eine Strecke weit unterbrochen. In Champery ist die Lage noch immer gefährlich. In einem Hotel liegt der Schlamm bis in den zweiten Stock. Beim Ausgange des Simplotunmels riß eine Lawine mehrere Hütten weg. Der Murtensee ist an einem einzigen Tage 36 Zentimeter gestiegen. Das untere Brohetal ist ein einziger See. Bei Romont ist eine Mauer auf 20 Meter eingestürzt; die Straße Romont—Voulog ist auf große Länge verschüttet. Die Saane ist ebenfalls über die Ufer getreten; der Schugdamme wurde weggeschwemmt.

Schiffsbrand.

Bern, 28. Dezember. Secolo meldet aus Kairo: An Bord eines großen englischen Schiffes brach ein Brand aus, der trotz der Hülfeleistung herbeigeeilter Schiffe nicht gelöscht werden konnte. Das Schiff wurde fast vollständig zerstört; 21 Eingeborene wurden schwer verwundet, 80 verbrannt.

Eingegangene Druckschriften.

- Wie wart man beim Hausbau die Hälfte der Maurerkosten? Von H. Janz. 1.50 M., geb. 2.50 M. — Heimkulturverlagsgesellschaft, Wiesbaden.
- Das Buch der 1000 Wunder. Von H. Jüri und A. Holzmann. 6 M., geb. 8 M. — H. Langen, München.
- Mit Kapitän König in sonnenreichen Breiten. Von A. Reßlein. — Deutsche Zeitungsgesellschaft, Berlin.
- Almanach illustré de la Gazette des Ardennes pour 1917. 90 Pf. — Földmár, Leipzig.
- Gezeiten Reime. Preis- und Sachzeiten eines D. H. von C. Kaiser. 47 E. — Saha-Verlag, Köln.
- Das Künstlerwörterbuch. Maler-, Bildhauer- und Architektenarbeiten von A. G. Hartmann. 210 E. — A. Cassirer, Berlin W. 35.
- Gesundnahrung in Kriegszeiten, gegeben durch Adolpha u. G. 50 Pf., geb. 1.10 M. — E. Adolph, Wiesbaden.
- Handbuch der Berichterstattung in der Krankenversicherung, Kommentar zu den Bestimmungen für Krankenkassen. Von Friedrich Hees, Kreisrat in Halle a. S. 1.45 E., 2.50 M. — Verlag der vollständigen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung, Berlin O. 27.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Schöneberg. Sonntag, 31. Dezember: Spaziergang nach Dablen-Schlachtfeld. Jahrgeld 20 Pf. Treffpunkt 8 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Platz.
Montag, 1. Januar, 6 Uhr: Spielabend im Lokal von Henkel, Weininger Str. 8.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Abonnementversammlung. Gäste auf allen Veranstaltungen willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter Filiale Baumhauenerweg. Sonnabend, den 30. Dezember, abends von 9-10 Uhr, im Lokal von Boße, Baumhauenerweg 67: Lesung des Jahresberichts.
Allgemeine Familiensterbefälle. Sonntag, 31. Dezember: Zahl- und Aufnahmezeit von 3-6 Uhr im Restaurant Gerichstr. 12/13 und Sudower Str. 14.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Abonnement-Stubenstr. 5, IV. 201 rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anhang ist ein Buchstabe und eine Zahl als Unterschrift beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementbescheinigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.
W. W. 17. 1. Sie können sich an die für Ihren Bezirk zuständige Steuerklasse wenden. 2. und 3. Sie haben doch Anspruch auf die Reichswohnenhilfe. Die Steuerklasse, der Ihr Mann angehört, ist zur Zahlung der Wohnhilfe verpflichtet, wenden Sie sich mit einem Antrag dorthin. Wegen der Militärkarte und sonstigen Lebensmittel mühen Sie sich an die Zentralstelle für Krankenernährung, Berlin, Köpenicker Str. 30-32, wenden.
— **W. W. 20.** 1. Es müssen 1200 geliebte Marken nachgewiesen werden. Es werden aber dem Verfallenen für die Jahre, die er beim Inkrafttreten des Gesetzes über 35 Jahre alt war, für jedes Jahr 40 Marken angerechnet. Aber auch in diesem Fall würde der Betreffende zum Bezuge der Alters-

rente noch nicht berechtigt sein. 2. Rein. 3. Es das für den Wohnort zuständige Versicherungsamt. — **W. W. 42.** Nach der Bundesratsverordnung hat Ihre Frau noch Anspruch auf die Unterstützung bis zum 31. Dezember. Wenden Sie sich mit einer Bescheinigung an das Militär-Bureau des Magistrats Berlin, Köpenicker Str. 68. — **Gericht 100.** Sie sind zur Zahlung der Miete verpflichtet, auch wenn Sie die Wohnung nicht benutzen. — **W. W. 25.** Der Mieter ist zum Ertrag der Sache verpflichtet. — **W. W. 1.** Das ist eine Verfügung des Kriegsministeriums. Ob sie in Ihrem Fall Anwendung finden kann, erscheint uns zwar etwas zweifelhaft; wir würden Ihnen aber zu einem Versuch raten. 2. Ja. 3. Das Gesetz ist an das Dispositionskommando zu richten. — **W. W. 100.** 1. Ja. 2. Die Schreibgebühren sind gering. 3. Sie müssen die Erbschaft innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis vom dem Tode des Erblassers ohne Aufzögerung in notariell oder gerichtl. beglaubigter Form dem Gericht einreichen. 4. Wenn Sie die Erbschaft antreten, ja.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittig. Jelmische Wetter, jedoch vorherrschend wolkig oder neblig ohne erhebliche Niederschläge. Temperaturen wenig verändert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Wilhelm Schölzel
Schönebergstr. 6
am 25. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 30. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Regere Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Den Kollegen lerner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Franz Golke
Köpenicker Str. 8
am 22. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Nachruf.
Den Kollegen lerner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Eisenformer
Johann Jurelonowski
Liedowalder Str. 41
am 25. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
127/15 Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 28. Dezember, morgens 6 Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden unser Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kassierer, Herr
August Hentschel
Urbanstraße 178, im Alter von 63 Jahren. 1671b
Dies zeigt allen Verwandten, Freunden und Bekannten, um stille Teilnahme bittend, hierdurch namens aller Verwandten ergehen an
Wilhelm Schütto, als Schwager.
Die Einäscherung findet am Sonntag, den 31. d. Mts., nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Gerichstraße statt.

Am 27. Dezember entschlief sanft und unerwartet mein lieber Mann und Vater, der Restaurateur
August Baude
Choriner Str. 18, im 62. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an Frau Witwe **Anna Baude** geb. Starke, nebst Sohn, kurz im Felde.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 30. Dezember 1916, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Jüdischhofes, Niederschönhausen-Nordend, aus statt.

Am 16. Dezember fiel auf dem Kriegsschauplatz unser lieber Kollege, der Schriftfeger, Landkassierer
Wilhelm Cluß
im Alter von 43 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm stets die Kollegen
Hed. Markner, Mertens, Georg Müller, Rud. Müller, Rasser, Schötmer, W. Schulz, H. Schulze, Tengler, Wille.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Sohnes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie meinen Kollegen und Helfer der Firma Vorhoff, insbesondere Herrn Balder Manasse für die wertvollen Worte und dem Deutschen Metallarbeiterverband meinen tiefgefühltesten Dank.
Aug. Bunge nebst Frau und Braut. +40a

Als Opfer des Weltbrandes fiel Ende November d. 38. unser braver Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Schriftfeger
Gustav Fischer
im 36. Lebensjahre. 16755
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Das Personal der Buchdruckerei Gebr. Ernst.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Seinkranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufstör. i. Dr. Homeyer & Co. konzess. Laboratorium f. Blutuntersuchungen, Fäden i. Harn. **Friedrichstr. 81**, gegenüb. usw. **Friedrichstr. 81**, Panopt. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, auch Teilkzahl. — Separates Damenzimmer.

Arbeiter-Rotiz-Kalender
1*9*1*7
Mit dem Fortschritt des vorstrebenden Denkens wird die Welt sich ändern, wird sich der diesjährige Kalender seinen Vorgängern würdig an. Der vielseitige Inhalt ist selbstverständlich den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegszeit angepaßt. Über einem reichhaltigen statistischen und Adressen-Material und sonst wissenschaftlichen Stoffen verdienen besonders hervorzuheben zu werden: Kapitalabfindung an Stelle von Kriegs-Verloosung. — Wäcker zur Kriegsfürsorge. — Sozialdemokratie und Volksernährung in der Kriegszeit. — Was ist die deutsche Sozialdemokratie? f. den Frieden! — Die Gewerkschaften im 2. Kriegsjahr. — Der alte Soldat.
Preis gebunden 60 Pf.
Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 3.

Gewerkschaftshaus.
Silvester-Feier im großen Saal, veranstaltet vom **Frauen- und Mädchenchor des Ostens.**
Chormeister **Heinr. Bleil.**
„Die Begrüßung des Neuen Jahres“
Prolog, gesprochen von **Hr. Fritz.**
Humoristisches Ensemblespiel, dargestellt von 16 Damen des Vereins.
O Tannenbaum, harmonisiert von **Heinr. Bleil.**
Humoristisches Singspiel, für Solo, vorgetragen von **Fräulein Heinz**, der Stern des Vereins.
Eine Kochstunde in der Musterküche.
Im Mahagonisaal erweiterter Restaurationsbetrieb und Silvesterfeier.
Am 1. Neujahrstag im großen Saal
Turnverein „Fichte“, 7. Männer- und 6. Sechsklassenabteilung mit ihren Mannschaften.
Sonntag mittig:
Lachsrahmsuppe . . . 0,25 R. | Wiener Nachschuß . . . 2,50 R.
Karpfen in Bier . . . 2,00 | Roastbeef . . . 2,50
Slangeporgel mit Bistelfischzunge . . . 2,00 | Kompott oder Salat . . . 0,25
Leberpastete mit Kraut . . . 1,50 | Speise . . . 0,40
Heute und morgen:
Ein sehr billiger Schnellverkauf:
Großer Posten Fettgänse . . . a Pfund 5.00—6.00
Großer Posten junge Poulets . . . a Stück 5.00
Großer Posten Fetthühner . . . a Pfund 3.50—4.00
Geräucherte Gänsehälften . . . a Stück 4.00
Geräucherte Gänsebrüste am Knochen a Pfd. 10.00

Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Lithograph
Hugo Galle
am Dienstag, den 26. Dezember, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Kapelle des Wilmersdorfer Friedhofes, Berliner Str. 100-108 aus statt. 109/11 Die Verwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen
Karl Katzwinkel
von der Gasanst. Schmargendorf.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Sonnabend, den 30. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zalken-Strahlfhofes, Zärtelstr. 10, aus.
Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht
35/8 Die Ortsverwaltung.

Juvelien
Asbestmilchseifen
sollten immer
Juvelien Seifen
Laden!
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Fredy Zigaretten
direkt in der Fabrik zu Fabrikpreisen
1000 St. 1a 14,—
1000 „ Fredy-Zigarette 1b 20,50
1000 „ Harry Walden 3 25,—
1000 „ Deutscher Sieg id 41,50
Verkauft auch in kleinen Quantitäten direkt in der
Zigarettenfabrik Fredy,
Berlin, Brunnenstr. 17, Hof.

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts
229/14 Aerztlich geleitete
Heilanstalt
für naturgemähe Heilweise; Licht- u. Elektro-Therapie, Homöopathie, Pflanzen- sowie Sauerstoff-Verfahren. Erfolgreiche, sachgemähe Behandlung früher u. veralteter Krankheiten jeder Art! Innere und äußere, mögl. ohne Berufshinderung. Sprich- u. Behandlungszeit 9 1/2—1 u. 4—7 1/2. Sonntag und Feiertage 9—1 Uhr.
Berlin SO 16
Brückenstr. 10b II
am Jannowitz-Bahnhof.

Vorwärts-Kalender
Dieser einzige sozialdemokratische Tagesabreißkalender bezeichnet alle für die Arbeiterschaft wichtigen Ereignisse, bringt Uebersichten über den Stand der gesamten modernen Arbeiterbewegung und enthält außerdem einen reichen Schatz an Gedichten, Sprüchen, Liedern aus Reden und Schriften und dgl. Das künstlerisch ausgeführte Bild der Rückwand verleiht dem Kalender vornehmlich, seinem Zwecke würdiges Aussehen.
Preis 1,50 M.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

- Centrum:** Albert Heine, Föderstr. 174, am Kopenplatz. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 1:** S. und SW.: Gustav Schmidt, Dorotheenstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 2:** St. Friedrich, Krügerstr. 31, Ost rechts part. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 3:** Ost: Robert Wengels, Markuststr. 36. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 4:** West: Karl Reile, Petersburger Platz 4. (Laden). Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 5:** Süd: Paul Böhm, Kaulherplatz 14/15. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 6:** Leo Rucht, Hermannstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis (Boabli):** Salomon Joseph, Wilhelmshäuserstr. 48. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wedding:** R. Heine, Köpenicker Str. 34a. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** H. Boigast, Ratistrafte 9. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Gesundbrunnen:** Fischer, Bastianstr. 6, Laden. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Schönhauser Vorstadt:** Karl Rars, Breitenhagener Str. 22. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Adlershof:** Carl Schwaigle, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Alt-Gliencke, Falkenberg:** Wilhelm Dörre, Friedrichstr. 46.
- Baumhauenerweg:** H. Hornig, Marienbader Str. 13, I.
- Hernau, Bönigental, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch:** Heinrich Broske, Wählerstr. 5, Laden.
- Hohndorf:** Schießler, Privatstraße, Schenkenschaushaus „Paradies“.
- Charlottenburg:** Gustav Ehard, Seidenheimer Str. 1. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Eichwalde, Schmückwitz, Zeuthen, Miersdorf:** Oscar Kabis, Grünauer Str. 67.
- Friedrichsdorf-Petershagen:** Stellmacher, Petershagen.
- Friedenau, Steglitz, Südende:** H. Bernitz, Alsenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Friedrichshagen, Eichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck:** Ernst Berimann, Friedrichshagen, Röpke-Str. 18.
- Grünau:** Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal, Rudow:** Max Gonschur, Barstr. 20.
- Karlshorst:** Hermann Billing, Dönhofsstr. 28.
- Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme:** Friedrich Baumann, Lindenwalder Straße 5.
- Köpenick:** Emil Böhler, Rietzstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
- Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:** Otto Stittel, Hartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau:** H. Rosenkrantz, Alt-Bohagener 66. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf:** W. Dehberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
- Mariendorf, Marienfelde:** August Leiß, Gausstraße 29.
- Neukölln:** W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr; Neukölln, Ost: Robt. Siegfried, Straße 28/29. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Nieder-Schöneeweide:** Wilhelm Hrub, Bräudenstr. 10, II.
- Nowawes:** Carl Rodendorf, Eisenbahnstr. 10.
- Ober-Schöneeweide:** Otto Freibant, Bismarckstr. 25, I.
- Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg:** Rihmann, Wählerstr. 30. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz:** G. Gursch, Provingstr. 58, Laden. Geöffnet von 11-1 1/2 u. 4 1/2-7 Uhr.
- Schenkendorf, Königs-Wusterhausen:** Chr. Hantsche, Drossstr. 10.
- Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Weininger Straße 9, im Laden. Geöffnet von 11-1 1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Spandau, Nonnendamm:** Schumacher, Drossstr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West:** Paul Rieck, Borsigwalde, Rauhstraße 10. Geöffnet von 11-1 1/2 u. von 4 1/2-7 Uhr.
- Teltow:** Pfeifer, Haselstr. 2.
- Tempelhof:** Rud. Heermann, Kaiser-Wilhelmstr. 74.
- Treptow:** Rob. Gramann, Kiehlstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Waldensee, Heinersdorf:** Gust. Köstler, Berliner Allee 11.
- Wilmersdorf, Malensee, Schmargendorf:** Paul Schuber, Wilhelmstraße 27.
- Zossen:** Fr. Ralsch, Berliner Str. 24.

Central-Haus Jägerstr. 13
Conc. Leihhaus.

Altbekanntes Gelegenheits-Kaufhaus für Herren- u. Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmuckwaren.
Täglicher Verkauf von Kavalieren wenig getragener Jackett-Rock, Frack-Anzüge, Paletots und Ulster, auffallend billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, in erstklassiger Verarbeitung. Große Auswahl in Damen-Kleidern, Kostümen, Ulstern und Mänteln.
Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzriemen, Muffen, Alaskafuchs, Skunks, Nerz, Seal, Harter u. a. Herren-Gehelpen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Schmuckwaren zu sehr billigen Preisen. — Vorwärts-Leser erhalten 10% extra.